





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor Ihnen liegt nun die zweite Ausgabe des Magazins Bevölkerungsschutz im neuen Outfit. Der Bitte im letzten Editorial, sich zu diesen Neuerungen zu äußern, sind Sie in vielfältiger Weise nachgekommen. Für Ihre Briefe, Mails und Anrufe bedanken wir uns. Über die größtenteils positiven Zuschriften haben wir uns sehr gefreut. Sie haben uns gezeigt, dass wir generell auf dem richtigen Weg sind. Ihre kritischen Anmerkungen nehmen wir sehr ernst. Und Verbesserungsvorschläge greifen wir gerne auf.

Ein Aspekt, dem wir in unserer Berichterstattung in Zukunft mehr Aufmerksamkeit schenken wollen, ist der Blick auf den Bevölkerungsschutz in unseren europäischen Nachbarstaaten. Durch das EU-Gemeinschaftsverfahren zu grenzüberschreitenden Hilfeleistungen – wir berichteten in unserer letzten Ausgabe – wächst auch das europäische Hilfeleistungspotenzial zusammen.

Als es vor wenigen Wochen in einem belgischen Industriegebiet eine schwere Gasexplosion mit vielen Toten und über 120 Schwerverletzten gab, war es selbstverständlich, dass Hilfskräfte aus

dem nahen Frankreich zum Einsatz kamen. Auch Deutschland hat über das Gemeinsame Melde und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) sofort seine Hilfe angeboten.

Während unser Magazin in Druck geht, beginnen in Athen die 27. olympischen Sommerspiele. Noch nie hat die Sorge vor Zwischenfällen oder Anschlägen zu derart umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen bei olympischen Spielen wie in Athen geführt. Bedrohungen so genannter „weicher Ziele“ durch den Terrorismus sind ein gemeinsames, nicht nur europäisches Problem. Auch Deutschland wird sich nächstes Jahr angesichts des Weltjugendtages in Köln und der Fußball-WM in zwei Jahren dieser Problematik mit einem gemeinsamen Konzept zur Gefahrenabwehr und zum Schutz der Teilnehmer und Besucher stellen müssen. Das deutsche Bevölkerungsschutzsystem wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine angenehme und anregende Lektüre.

Ihr Redaktionsteam

Im Rahmen der Veranstaltungsserie anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut fand auch ein Tag der offenen Tür am Zentralen Bergungsort der Bundesrepublik in Oberried statt. Besonders die Führung durch den Barbarastollen stieß auf großes Interesse (re.).
(Foto: BBK/Tillenburg)



NACHRICHTEN

Personalien	2
Rundblick	45

KATASTROPHENMEDIZIN

Katastrophenmedizin Ein Zentrum des BBK im Aufbau	3
--	---

KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Schutz Kritischer Infrastrukturen Eine neue Aufgabe des BBK	9
--	---

EINSATZPRAXIS

Stabmäßige Einsatzleitung Sanitäts- und rettungsdienstliche Betreuung einer Großveranstaltung	13
--	----

INTERNATIONAL

Feuerwehrtag in Polen unter EU-Banner	16
---------------------------------------	----

KRISENMANAGEMENT

Kommt die nukleare Bedrohung wieder? Nach Auflösung des Ost-West-Konfliktes ist die Welt keineswegs sicherer geworden	19
--	----

FORSCHUNG

Fachinformationsstelle	23
------------------------	----

NOTFALLVORSORGE

Rettung durch Hubschrauber Luftrrettung auf der ILA 2004	27
---	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	29
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	31
Deutscher Feuerwehrverband	33
Deutsches Rotes Kreuz	35
Johanniter-Unfall-Hilfe	37
Malteser Hilfsdienst	38
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	40
Technisches Hilfswerk	41
Leserbriefe, Meinungen	44

RUBRIKEN

Medien	47
Termine	48
Impressum	48

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	49
--------------------------------	----

Michael Grobien zum Vorsitz der Seenotrettungswerks gewählt

Auf ihrer Tagung am 3. Juni 2004 in Hamburg haben die Mitglieder des Beschlussfassenden Gremiums der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) Michael Grobien (Bremen) zum neuen Vorsitz der Rettungswerks gewählt.



Der ehrenamtliche Vorstand der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in seiner neuen Zusammensetzung: Vorsitz Michael Grobien (Mitte), seine Stellvertreter Christel Vinnen (li.) und Gerhard Harder. (Foto: DGzRS, Bremen)

Er wurde damit Nachfolger von Hermann C. Helms, der diese ehrenamtliche Tätigkeit im Vorstand der DGzRS von 2000 bis 2003 ausübte. Helms legte sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nieder. Bereits 1971 war er Mitglied des damaligen Bezirksvereins Bremen. 1987 wurde er zum stellvertretenden Vorsitz gewählt.

Neu in den Vorstand berufen wurde der Diplom-Betriebswirt Gerhard Harder, Vorstandsvorsitzender des Energieunternehmens swb AG, Bremen. Vorausgegangen war die Entlastung des Vorstands für das Verwaltungsjahr 2003. Der DGzRS-Vorstand besteht jetzt aus den Herren Michael Grobien, Christel Vinnen und Gerhard Harder, alle Bremen. In der Satzung ist festgelegt, dass die Mitglieder des Vorstands ihren Wohn- oder Dienstsitz in Bremen haben müssen.

Nach der Gründungsversammlung am 29. Mai 1865 in Kiel wurde der Hauptsitz der DGzRS in die Freie Hansestadt Bremen verlegt. Noch heute hat dort die Gesellschaft ihr Domizil; in der Werderstraße 2 befindet sich die Zentrale des Rettungswerks mit der SEENOTLEITUNG BREMEN und der betriebseigenen Reparaturwerft. Die DGzRS, in den deutschen Gebieten von Nord- und Ostsee zuständig für den Such- und Rettungsdienst, kann in

diesem Jahr auf ihr 139-jähriges Bestehen zurückblicken.

Das Seenotrettungswerk veranstaltet nunmehr zum 5. Mal am ersten Sonnabend im Juli, also am 3. Juli 2004, auf nahezu allen Stationen zwischen Borkum im Westen und Ueckermünde am Stettiner Haff den „Tag der Seenotretter“. Im Mittelpunkt dieses Aktionstages soll die Arbeit der 185 fest angestellten und rund 800 freiwilligen, ehrenamtlich tätigen Rettungsmänner stehen.

Rund 330 000 Spender und Förderer unterstützen heute das

deutsche Seenotrettungswerk, dessen gesamte Arbeit ausschließlich durch freiwillige Zuwendungen getragen wird.

Als „Zeichen für Vertrauen“ wird der DGzRS seit Jahren in Anerkennung für die Arbeit auf See und an Land vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen, Berlin, das „Spenden-Siegel“ verliehen.

Katastrophenmedizin

Ein Zentrum des BBK im Aufbau

Von MedR Dr. Joachim Habers (BBK)

Zentrum Katastrophenmedizin im BBK - eine kurze Vorstellung

Eine der wesentlichen Aufgaben für den Bevölkerungsschutz ist der Schutz der Gesundheit, wie er auch im Zivilschutzgesetz derzeit ausdrücklich verankert ist. Diese Aufgabe liegt genau im Schnittbereich der Zuständigkeiten von Innen- und Gesundheitsressorts von Bund und Ländern; sie kann nur im koordinierten Miteinander mit Leben und größtmöglicher Qualität erfüllt werden.

Im neuen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wird diese Aufgabe in einem eigenen Zentrum „Katastrophenmedizin“ wahrgenommen werden, das in den nächsten Monaten sukzessive aufgebaut wird. Kernauftrag für dieses Zentrum ist die dauerhafte Bearbeitung der oben beschriebenen Schnittstelle in ihrer föderalen Ausprägung. Hierzu werden die Mediziner, die seit 2002 in der ehemaligen Zentralstelle für Zivilschutz tätig waren, gemeinsam mit neu gewonnenen Fachexperten zusammen arbeiten. Eine enge Kooperation mit anderen Einrichtungen (Robert-Koch-Institut, Bundesamt für Strahlenschutz, ...) erlaubt die Bündelung der an unterschiedlichen Orten verfügbaren Fachexpertise.

Als Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung für diese Schnittstellenaufgabe wird die Aufsicht über das Zentrum „Katastrophenmedizin“ gemein-

sam von BMI (allgemeine Dienstaufsicht) und BMGS (medizinische Fachaufsicht) wahrgenommen.

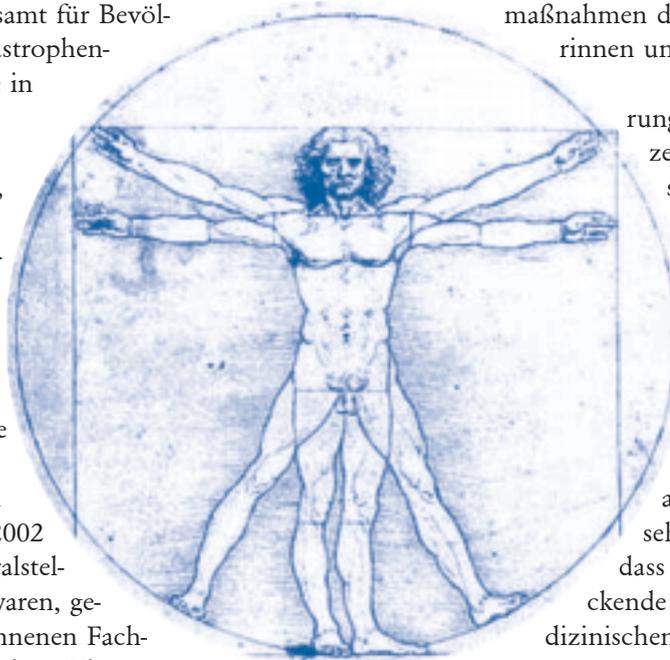
Medizinischer Bevölkerungsschutz im 21. Jahrhundert – ein Überblick

Die medizinische Versorgung von Verletzten und Erkrankten gerade bei Großschadensfällen, Katastrophen oder im Verteidigungsfall genießt unverändert hohe Priorität für sämtliche Vorsorge- und Schutzmaßnahmen des Staates für seine Bürgerinnen und Bürger.

Hierbei haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass nicht mehr „klassische“ Kriegshandlungen, sondern in verstärktem Maß Naturgewalten (Hochwasser, Stürme) und internationaler Terrorismus (Anschlag auf symbolträchtige Ziele, gezielte Sabotage kritischer Infrastrukturen) als aktuelle Bedrohung anzusehen sind. Dies bedeutet, dass nicht mehr flächendeckende Zerstörung auch der medizinischen Einrichtungen als Ausgangsvoraussetzung zu nehmen ist. An

diese Stelle treten jetzt lokal bis regional begrenzte Schadenereignisse (z.B. die Elbflut im August 2002), die dort auch die Funktionstüchtigkeit des Gesundheitswesens stark beeinträchtigen können.

Diese neue Bedrohungssituation bedeutet für die medizinische Versorgung von Verletzten und Erkrankten, dass ausreichende Behandlungsmöglich-



keiten in den umliegenden, nicht betroffenen Regionen zur Verfügung stehen werden. Die Basis hierfür bieten die Einrichtungen unseres alltäglichen Gesundheitswesens mit seinem umfangreichen Leistungsangebot auf hohem qualitativem Niveau.

Zielvorgabe für das Gesundheitswesen im Zivil- und Katastrophenschutz im 21. Jahrhundert ist daher nicht mehr eine improvisierte Notbehandlung auf inakzeptabel niedrigem Niveau am Katastrophensort, sondern eine möglichst rasche und koordinierte Mobilisierung des gesamten (über-)regionalen Gesundheitswesens.

Durch diese Mobilisierung kann einer Überlastung einzelner Behandlungseinrichtungen wirksam vorgebeugt werden; dies ist gleichzeitig der beste Garant für weiterhin hohe Qualitätsstandards in der medizinischen Behandlung.

Besondere Bedeutung kommt hierbei den kommunalen Gesundheitsbehörden zu, die das möglichst reibungsfreie Miteinander aller Mitwirkenden im Gesundheitswesen nicht nur unter Katastrophenbedingungen administrativ unterstützen müssen.

Zwei Aspekte zur oben dargestellten Rettungskette als Aufgaben für das Zentrum Katastrophenmedizin im BBK sollen nachfolgend näher beleuchtet werden.

Erweiterter Rettungsdienst – Standards im medizinischen Bevölkerungsschutz

Die Einsatzbewältigung bei Großschadenslagen und Katastrophen hat für den medizinischen Bevölkerungsschutz immer zwei Einsatzstellen zu berücksichtigen: die

„erste“ Einsatzstelle ist sicherlich die Schadenszone, an der Rettungskräfte unterschiedlicher Fachdienste gemeinsam auch zur Menschenrettung tätig werden. Im rettungsdienstlichen Sprachgebrauch entspricht dies der präklinischen Einsatzphase.

Hierneben existiert aber auch noch eine „zweite“ Einsatzstelle, die in den bisherigen Überlegungen nur eine unbedeutende Nebenrolle spielte, nämlich die erstversorgenden Akutkrankenhäuser. Für beide Einsatzstellen gilt, dass nur eine sorgfältige, umfassende und ständig aktualisierte Einsatzplanung (im internationalen Bereich als

„disaster preparedness“ bezeichnet) im Ereignisfall eine adäquate Einsatzbewältigung („disaster response“) gewährleisten kann.

Im weiteren sollen die Vorteile von Standards für den medizinischen Bevölkerungsschutz zur Ein-

Kettenglied	Verstärkung durch:
Ersthelfer	Breitenausbildung in Erster Hilfe, ergänzt mit Selbstschutzhinhalten
Organisierter Rettungsdienst	Erweiterter Rettungsdienst (z.B. Verfahrensanweisungen zur Dekontamination Verletzter) Sanitäts- und Betreuungsdienst (Fahrzeugkomponenten zur Verstärkung des KatS der Länder) Transportlogistik für überregionale Patientenverlegungen (BGS, Bw, Hilfsorganisationen)
Krankenhaus	Krankenhaus-Netzwerke (insbesondere für Engpassressourcen) Krankenhaus-Unterstützungsprogramm (Personalqualifizierung und Ereignis-bezogene Ergänzung mit externem Fachpersonal) Integriertes Konzept zur Sanitätsmaterialbevorratung Kooperation mit der ambulanten Versorgung (z.B. Medizinischen Versorgungszentren-MVZ)

Tabelle 1: Durch Verstärkung der einzelnen Glieder der Rettungskette kann einer Überlastung einzelner Behandlungseinrichtungen wirksam vorgebeugt werden.

In dieser Aufgabenstellung finden sich letztlich alle Glieder der Rettungskette wieder. Die allesamt operativ tätigen Kettenglieder müssen hierzu sachgerecht qualitativ und quantitativ verstärkt werden (Tabelle 1).

satzbewältigung gerade an der „ersten“ Einsatzstelle dargestellt und an Beispielen erläutert werden.

Basis der Katastrophenmedizin

Unbestritten ist – nicht zuletzt auch durch das Votum der BMI-Schutzkommission in ihrem zweiten Gefahrenbericht¹ – dass die alltägliche medizinische Gefahrenabwehr die Basis auch für die medizinische Einsatzbewältigung bei Großschadensfällen und Katastrophen bildet. Rettungsdienst als Versorgungsstruktur sowie Notfallmedizin als Versorgungsprozess bilden die Kristallisationskerne für den Einsatz ergänzender Kräfte.

Diese ergänzenden Kräfte wurden bislang schwerpunktmäßig im Bereich des Sanitätsdienstes gesehen, dies ungeachtet erheblicher Defizite, wie sie in Ausbildung, Ausstattung und Struktur inzwischen zu beobachten sind. Um diese ergänzende Funktion auch tatsächlich wahrnehmen zu können, müssen die angesprochenen Defizite in Ausbildung, Ausstattung und Struktur im Sanitätsdienst beseitigt werden: aus dem Sanitätsdienst der Nachkriegszeit wird so der erweiterte Rettungsdienst des 21. Jahrhunderts.

Standards – Sichtungskonsens

Die medizinische Schwerpunktaufgabe bei Großschadensfällen und Katastrophen schlechthin ist die Sichtung. Erst durch Sichtung kann eine sinnvolle Einsatzplanung mit Ressourcenverteilung auf die Patienten geschehen; Sichtung verfolgt hierbei das Ziel, jeden Patienten – im Rahmen der verfügbaren Möglichkeiten – bestmöglich nach seinen

medizinischen und sozialen Bedürfnissen versorgen zu können.

2002 konnten zur Sichtung in zwei Konsensuskonferenzen gemeinsame Grundlagen zwischen allen beteiligten Arztgruppen festgelegt werden: Notfallmediziner, Katastrophenmediziner und Sanitäts-offiziere der Bundeswehr einigten sich auf einheitliche Grundsätze zur Sichtung, die durch die Bundes-

	Status	Maßnahmen
I (rot)	Vitalfunktionen gestört mit oder ohne zusätzliche Schädigung	Sofortbehandlung zur Wiederherstellung der Vitalfunktionen
II (gelb)	Schwere Schädigung, Vitalfunktionen (noch) stabil	Standardbehandlung (Lagerung, Ruhigstellung, Infusion, Analgosedierung, Sauerstoffinhalation) mit dauerhafter Überwachung der Vitalfunktionen
III (grün)	Leichte Schädigung	Psychosoziale Unterstützung und medizinische Nachkontrolle
IV (blau)	Schwerste Schädigung mit infauster Prognose	Betreuende palliative Behandlung

Tabelle 2: Eingangssichtung am Behandlungsplatz.

ärztekammer² als verbindlich eingeführt wurden. Der Charakter von Sichtung als dynamischem Prozess wird inzwischen betont durch drei aufeinander folgende Zeitpunkte zur Sichtungsentscheidung:

- Grob überblickhafte Sweeping-Triage als Ordnungskriterium an der Patientenablage mit der Fragestellung: schwer oder leicht verletzt?
- Eingangssichtung am Behandlungsplatz (siehe unten)

¹ Zweiter Gefahrenbericht der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern – Bericht über mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Großkatastrophen und im Verteidigungsfall (Oktober 2001).

² Sefrin, Peter et al.: Katastrophenmedizin - Sichtungskategorien und deren Dokumentation, Deutsches Ärzteblatt vom 4.8.2003, Ausgabe A, Seite 2057ff.

- Ausgangssichtung am Behandlungsplatz mit der Fragestellung: welcher Patient wann mit welchem

gorie-IV-Patienten. Frühere Sichtungssysteme verfolgten hier unter Fokussierung auf Heilung als einzigem Therapieziel quasi ein „Alles-oder-Nichts“-Prinzip der Ressourcenzuteilung. Im Gegensatz hierzu eröffnet die jetzt gefundene Sichtungssystematik einen völlig neuen Therapieansatz, der den medizinischen und sozialen Bedürfnissen dieser Patientengruppe eher gerecht werden kann: palliative Behandlung mit dem Ziel, Beschwerden zu lindern und menschliche Begleitung zu ermöglichen.

Noch uneinheitlicher als die seinerzeitigen Vorgaben für den Sichtungsvorgang sind die in Deutschland verfügbaren Registrierungssysteme:

- DRK-Verletztenanhängerkarte, hervorgegangen und zwischenzeitlich mehrfach modifiziert auf der Basis von Suchdienstkarten, die noch aus der Kriegszeit stammen
- Schweizer Patientenleitsystem, modifiziert beispielsweise als so genannte „Bielefelder Karte“
- Patientenanhängerkarte, gemeinsam entwickelt von Landesfeuerwehrverband und Arbeitsgemeinschaft der

Berufsfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen

- Vielfältige lokale „Eigenkonstruktionen“

Gerade bei der gleichzeitigen Verwendung von Registrierungssystemen unterschiedlicher Herkunft –

Verletztenanhängerkarte.

Rettungsmittel in welches Krankenhaus?

Die Eingangssichtung am Behandlungsplatz steht hierbei im Mittelpunkt (Tabelle 2).

Besonderes Kennzeichen dieser Sichtungssystematik ist das geänderte Therapieziel für die Kate-

etwa bei Großschadensfällen mit überregionalem Helfereinsatz – zeigten sich die Schwächen der nicht kompatiblen Registersysteme.

Um hier reibungsloses Zusammenwirken zu ermöglichen, konnte ein verbindlicher Katalog von Leistungsmerkmalen zum Mindestdatensatz und zur Beschaffenheit zusammengestellt werden. Auch diese Mindeststandards wurden in einer Konsensuskonferenz unter Beteiligung aller Mitwirkenden 2002 festgelegt und durch die Bundesärztekammer als verbindlich veröffentlicht.

Der Mindestdatensatz für Registersysteme besteht jetzt aus:

- Eindeutige Patienten-Identifikationsnummer, z.B. KFZ-Kennzeichen plus durchlaufende Nummerierung innerhalb eines Rettungsdienstbereichs
- Optionales Datenfeld für weitere Personalangaben wie Name, Vorname und Geburtsdatum oder Geschlecht und geschätztes Alter
- Sichtungskategorie mit Farbcode
- Hauptdiagnose mit „Strichmännchen“ zur Darstellung der Lokalisation z.B. einer Verletzung

Die Mindestanforderungen an die Beschaffenheit von Registersystemen umfassen jetzt:

- wetterfest, wasserfest, stabil und widerstandsfähig
- zuverlässige und flexible Befestigungsmöglichkeit
- Nummernaufkleber mit aufgedruckter Patienten-Identifikationsnummer
- Tasche für Begleitpapiere, z.B. medizinischen Dokumentationsbögen

Standards – DIN 13050 als Basis für gemeinsame Sprache in der medizinischen Gefahrenabwehr

Die Einsatzbewältigung an jeder Großschadensstelle ist vom obligaten Zusammenwirken vieler



Besonders bei Großschadensfällen mit überregionalem Helfereinsatz haben sich die Schwächen der nicht kompatiblen Registersysteme gezeigt.
(Foto: BBK/Elbracht)

Einsatzkräfte gekennzeichnet. Gerade für den Rettungsdienst als flächendeckend verfügbarem Sofort-Einsatzinstrument ist die rasche überörtliche Hilfeleistung in der ersten Einsatzphase eines Großschadensfalls inzwischen zur eingetübten Routine geworden.

Für die konkrete Zusammenarbeit vor Ort mangelt es aber gerade im Rettungsdienst schon an einer gemeinsamen Sprachregelung. Dies betrifft sowohl die eindeutige Bezeichnung von Einsatzräumen wie auch die von Führungskräften und Führungseinrichtungen.

Nach langjährigem Vorlauf konnte – wahrscheinlich durch die Ereignisse des Jahres 2001 katalysiert – noch im Jahr 2002 eine DIN 13050 zu Begriffen im Rettungswesen verabschiedet werden. Hierdurch ist im Prinzip die Basis für eine gemeinsame Sprachregelung gelegt, wenn auch ein Ländervorbehalt einzelne Provinzegoismen erlaubt.

Dennoch existieren zwei Jahre nach Einführung der DIN 13050 im tatsächlichen Sprachgebrauch weiterhin nebeneinander³:

- **Patientenablage** – Verletzensammelstelle – Verletztenablage – Verwundetennest
- **Behandlungsplatz** – Verbandplatz – Patientenversorgungsstelle
- **Bereitstellungsraum** – Krankenwagenhalteplatz – Rettungsmittelhalteplatz – Ladezone
- **Organisatorischer Leiter Rettungsdienst** – Einsatzleiter Rettungsdienst – Technischer Leiter Rettungsdienst
- **Leitender Notarzt** – Ärztlicher Leiter
- **Technische Einsatzleitung** – Örtliche Einsatzleitung
- **Abschnittsleitung Rettungsdienst** – Sanitätseinsatzleitung.

Durch konsequente Anwendung der gemeinsam gefundenen Sprachregelung können Übertragungsfehler und daraus resultierende Reibungsverluste sicher vermieden werden.

Standards – DV 100 als Basis für erfolgreiche Zusammenarbeit

Bezieht sich die DIN 13050 primär nur auf die Kommunikation im Einsatzabschnitt Rettungsdienst, so benötigt die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachdienste an der Großschadensstelle in erster Linie ein sachgerechtes Führungssystem, um reibungsfreie Kooperation zu ermöglichen.

Die neue DV 100 als Führungsvorschrift für den Bevölkerungsschutz ist inzwischen von fast allen Bundesländern verpflichtend eingeführt worden. Hierin wird das aktuelle Führungssystem – bestehend aus

- Politisch-gesamtverantwortlicher Komponente
- Operativ-taktischer Komponente (für die Einsatzbewältigung in der Schadenszone) und

- Administrativ-organisatorischer Komponente (für die administrativ-organisatorische Unterstützung der operativ-taktischen Komponente aus dem lokalen bis überregionalen Umfeld) umfassend beschrieben.

Der medizinische Bevölkerungsschutz findet sich in der DV 100 an zwei Positionen wieder: im operativ-taktischen Bereich ist er im Einsatzabschnitt Rettungsdienst vertreten; im administrativ-organisatorischen Stab ist er durch den Amtsarzt eingebunden.

Mensch oder Material – womit beginnt Einsatzplanung?

Der Einsatzerfolg nicht nur bei Großschadensfällen oder Katastrophen liegt immer in der gelungenen Zusammenführung von motivierten und gut ausgebildeten Einsatzkräften mitsamt dem technischen Material, das zur Einsatzbewältigung notwendig ist.

Dabei ist in der Vergangenheit der Fokus nicht selten zu einseitig nur auf die Belange der technischen Ausstattung gelegt worden. Dabei geriet in Vergessenheit, dass erst die ausgebildete Einsatzkraft hochwertiges Material sinnvoll in den Einsatz bringen kann.

Aufgabe für die kommenden Jahre muss daher sein, hier entsprechend gegenzusteuern und Personalmanagement schon in der Einsatzplanung verstärkt in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen. Aufgabenfelder gerade für Einsatzkräfte aus der medizinischen Gefahrenabwehr sind dabei:

- Motivation zur (ehrenamtlichen) Mitwirkung im System der medizinischen Gefahrenabwehr
- Konfliktfeld „Freistellung vom Arbeitsplatz“
- Aus- und Fortbildung
- Kontinuierliches Praxistraining
- Persönliche Schutzausstattung
- Technische Ausstattung.

³ Die korrekte Bezeichnung nach DIN 13050 ist blau abgesetzt

Schutz Kritischer Infrastrukturen

Eine neue Aufgabe des BBK

Von Dr. Wolfram Geier (BBK)

Moderne Gesellschaften sind in ihrer Funktionsfähigkeit von zahlreichen Infrastrukturen abhängig. So genannte Kritische Infrastrukturen (KRITIS) wie beispielsweise die Trinkwasserversorgung sind darüber hinaus für Mensch und Tier (über-)lebenswichtig und daher besonders schützenswert. Das neue Zentrum „Schutz Kritischer Infrastrukturen“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe will einen Beitrag dazu leisten, die Gefährdung Kritischer Infrastrukturen in Deutschland zu erkennen und zu analysieren sowie gemeinsam mit anderen Behörden und Partnern Schutzkonzepte zu entwickeln. Die Aufgaben dieses Zentrums lassen sich unter anderem aus den konkreten Erkenntnissen über die Verletzlichkeiten von High-Tech-Gesellschaften ableiten, die beispielsweise aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, den verheerenden Hochwasserlagen des Sommers 2002 in Mitteleuropa oder den überregionalen Stromausfällen in Nordamerika und Europa im Sommer/Herbst 2003 (sog. „Blackouts“) gewonnen werden konnten.

Dem Schutz Kritischer Infrastrukturen kommt auch im Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) vom 6. Juni 2002 und dem ihm zugrunde liegenden Konzept für eine „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ eine ganz bedeutende Rolle zu, um die vitalen Interessen der Gesellschaft sowie die Funktionsfähigkeit von Staat und Wirtschaft dauerhaft zu wahren und zu sichern. Last but not least ist der Schutz Kritischer Infrastrukturen auch ein zentrales Thema in der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft zwischen Deutschland und den USA, zwischen Deutschland und seinen Nachbarn sowie auf Ebenen der EU und der NATO.

KRITIS – Was ist das?

Kritische Infrastrukturen sind gemäß einer vorläufigen Übereinkunft der Regierungsressorts „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wir-



Kritische Infrastruktur Transport/Verkehr: Hohe Mobilität von Personen und Gütern ist eine der Grundlagen moderner Gesellschaften, ihrer Sicherung kommt große Bedeutung zu.
(Foto: BBK/Stein)

kende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.“

Neben der nationalen Sicherheit können vor allem die Wirtschaft, die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Ordnung und die Funktionsfähigkeit der Regierungs- und Verwaltungsapparate betroffen sein. In Deutschland werden die Kritischen Infrastrukturen in folgende Sektoren eingeteilt:



Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel überhaupt. Schutz der Trinkwasserinfrastruktur und Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung besitzen daher höchste Priorität.

- Energieversorgung (Elektrizität, Gas, Mineralöl)
- Telekommunikation und Informationstechnik
- Versorgung (einschließlich Trinkwasser, Ernährung, Gesundheitswesen, Notfall- und Rettungswesen, Entsorgung)
- Transport- und Verkehrswesen (einschließlich Post)
- Gefahrenstoffe (einschließlich sensitive Industrien und Gefahrguttransporte)
- Finanz-, Geld- und Versicherungswesen
- Behörden und öffentliche Verwaltung
- Sonstiges (Großforschungseinrichtungen, herausragende oder symbolträchtige Bauwerke, Kulturgut, Medien)

Zwischen nahezu allen Sektoren bestehen teils massive Interdependenzen, die sich im Schadenfall besonders negativ auswirken können (siehe Abhängigkeit aller Sektoren von der Verfügbarkeit elektrischen Stroms).

KRITIS – Wodurch bedroht?

Aufgrund ihrer Komplexität sind Kritische Infrastrukturen einerseits selbst Gefahrenquelle wie beispielsweise kerntechnische oder petrochemische Anlagen, andererseits aber durch nahezu alle denkbaren externen Gefahrenkategorien, wie schwere Naturereignisse, Havarien oder menschliches Fehlverhalten (Sabotage, Terror, Krieg) bedroht. Da die Funktionsfähigkeit eines Großteils der Kritischen Infrastrukturen von der dauerhaften Verfügbarkeit ausreichender Energie (v.a. Elektrizität) und von einem effektiven Informations- und Kommunikationsnetz abhängt, kommt der Sicherung dieser Aufgaben und dem Schutz der Bevölkerung unter diesen Aspekten eine herausragende Bedeutung zu. Gleichzeitig bringt die bereits vorhandene bzw. weiter rasch fortschreitende Internationalisierung der Energie- und Telekommunikationsmärkte, aber auch anderer Wirtschaftszweige weitere Risiken mit sich, wie vor allem die Blackouts in Skandinavien und Südeuropa gezeigt haben. Gleiches gilt für die Privatisierung und Parzellierung von ehemals staatlichen Infrastrukturen.

KRITIS – welcher Schutz ist möglich?

Effektiver Schutz Kritischer Infrastrukturen erfordert heute ein umfassendes und kontinuierlich weiterzuentwickelndes Arbeitsprogramm, das aus ständiger Gefährdungsanalyse, Schwachstellendetektion sowie Entwicklung und Anwendung von praktikablen Schutzkonzepten besteht. Dafür sind ausgewiesene, inter- und transdisziplinär zusammenarbeitende Experten aus den Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften in staatlichen Sicherheitsbehörden notwendig, die mit der Vielzahl privatwirtschaftlich organisierter Betreiber von Kritischen Infrastrukturen eine vertrauensvolle Sicherheitspartnerschaft aufbauen (sogen. „Public-Private-Partnership“).

Zu den konkreten Aufgaben des neuen Zentrums KRITIS im BBK gehören daher u.a.:

- Ausarbeitung von KRITIS-spezifischen Gefährdungs- und Risikoanalysen,
- Aufbau von KRITIS-spezifischen Sicherheitspartnerschaften mit anderen Behörden und öffentlichen Institutionen (BKA, BGS, BfV, BW etc.)

auf nationaler und internationaler Ebene (EU, NATO u. a.),

- Aufbau eines KRITIS-spezifischen Gefährdungskatasters,
- Aufbau einer KRITIS-spezifischen „Public-Private-Partnership“ mit privaten Dienstleistern der Energiewirtschaft, der Verkehrswirtschaft, dem Gesundheitswesen u. a. Branchen,
- Durchführung von Studien,
- Erarbeitung von Maßnahmeplänen für den kurz-, mittel- und langfristigen Schutz von KRITIS,
- Erarbeitung von Masterplänen für die Notfallplanung zum Schutz von KRITIS,
- Beratung von Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen sowie von Unternehmen,
- Aufbau von KRITIS-bezogenen Risikokommunikationsstrukturen (Öffentlichkeitsarbeit),
- Mitwirkung bei der Erarbeitung neuer Selbstschutz- und Selbsthilfekonzeptionen für die Bevölkerung auf Grundlage der Erkenntnisse aus o.g. Analysen und Studien.

Organisationsstruktur

Gemäß seiner Aufgabenschwerpunkte gliedert sich das neue Zentrum in vier Fachbereiche, die sich neben KRITIS-spezifischen Risikoanalysen und dem Aufbau eines Gefährdungskatasters vor allem um die Sektoren Energie, Kommunikationstechnik, Versorgung (Trinkwasser, Ernährung, Gesundheit, Notfall- und Rettungswesen), Verkehr sowie Behörden und Verwaltung kümmern. Prinzipiell werden alle Bereiche Kritischer Infrastrukturen bearbeitet, wobei jedoch nach Priorisierungsaspekten des Bevölkerungsschutzes gewichtet wird. Um die vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können, arbeiten im neuen Zentrum KRITIS des BBK verschiedenste Wissenschaftsdisziplinen eng zusammen. Ingenieure, Naturwissenschaftler und Sozialwissenschaftler, unterstützt von Verwaltungsfachleuten, konzipieren praxisorientierte Risikoanalysen und effektive Schutzkonzepte. Datensammlung, Informations- und Datenanalyse sowie die Schlussfolgerungen nehmen einen hohen Stellenwert ein und stellen sich gleichzeitig dem gerade in Deutschland aufgrund von zahlreichen Zuständigkeiten und gesetzlichen Vorschriften nicht gerade kleinen Problem der bundeszentralen Daten-

verfügbarkeit. Der Aufbau eines EDV-gestützten Gefährdungskatasters Kritischer Infrastrukturen ist daher eine besondere Herausforderung, der sich das neue Zentrum in enger hausinterner Zusammenarbeit mit dem Zentrum Krisenmanagement und dem dortigen Projekt deNIS stellt.

Kooperationen und Partnerschaften

Von ganz zentraler Bedeutung für die Arbeit und den Erfolg des neuen Zentrums zum Schutz Kritischer Infrastrukturen im BBK sind funktionierende Kooperationen und Partnerschaften sowohl mit anderen Behörden als auch mit den überwie-



Kritische Infrastruktur Energieversorgung: Das Wasserkraftwerk Laufenburg ist bundesweit das drittgrößte Laufwasserkraftwerk. Die Kraftwerkskapazität reicht aus, um eine Stadt wie Frankfurt a. Main mit sauberem Strom zu versorgen. (Foto: obs/NaturEnergie AG)

gend privaten Dienstleistern Kritischer Infrastrukturen. Erste Erfolg versprechende Schritte sind getan. So hat sich nicht zuletzt auf Initiative des BBK erst vor kurzem ein „Runder Tisch“ der Geschäftsbereichsbehörden im Bereich KRITIS gebildet, dem neben dem BBK das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und das Technische Hilfswerk angehören. Darüber hinaus werden Arbeitskontakte zu Behörden im Geschäftsbereich anderer Bundesresorts nach Abstimmung aufgebaut so z.B. zur Regu-

lierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP), zum Eisenbahnbundesamt, zur Deutschen Flugsicherung, zur Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, zum Deutschen Wetterdienst, zum Umweltbundesamt u. a. Gleiches gilt natürlich auch für die Anbieter und Dienstleister in den einzelnen Sektoren wie beispielsweise die Deutsche Bahn AG oder die Stromkonzerne. Den Aufbau dieser Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft wird neudeutsch „Public-Private-Partnership - PPP“ genannt und charakterisiert einen in Deutschland

Ausblick

Mit Gründung des Zentrums Schutz Kritischer Infrastrukturen im neuen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wurde ein Meilenstein gesetzt, der die Bedeutung des Themas KRITIS deutlich unterstreicht. Die Arbeiten des Zentrums stehen trotz zahlreicher Ad-hoc-Analysen, begonnener Studien und erster interner Präsentationen noch ziemlich am Anfang. Die Komplexität der Aufgabe wird vor allem bei den zahlreichen, teils



Interdependenzen zwischen den zahlreiche Sektoren und Branchen Kritischer Infrastrukturen.

noch deutlich zu intensivierenden Prozess der gemeinsamen Strategieentwicklung und Problembewältigung.

Dritter wichtiger Partner sind Forschung und Wissenschaft, die sich mit einzelnen Kritischen Infrastrukturen intensiv beschäftigen. Neben Universitäten haben hier vor allem die außeruniversitären Institutionen wie beispielsweise die Fraunhofer-Institute entsprechende Bedeutung.

„Networking“ oder der Aufbau und die Pflege von Netzwerken zu Behörden, privaten Unternehmen oder aber in den Forschungsbetrieb ist daher eine der ständigen und wichtigsten Aufgaben des Zentrums, die sich wie ein roter Faden durch die gesamte Arbeit des Zentrums zieht und die als sein Kerncharakteristikum gelten kann.

noch nicht oder nur unzureichend erforschten Interdependenzen zwischen den einzelnen Sektoren deutlich. Da sowohl die Bedeutung Kritischer Infrastrukturen für das Funktionieren moderner Gesellschaften als auch die Vulnerabilität der Gesellschaften aufgrund der Komplexität der Kritischen Infrastrukturen weiter zunehmen werden, wird auch die Arbeit des neuen Zentrums im BBK auf diesem Gebiet kontinuierlich zunehmen und bei sich realisierendem personellen und materiellen Ausbau im Ergebnis für ein höheres präventiv gewichtetes Schutzniveau und ein effektives Krisenmanagement im Schadenfall stehen.

Stabsmäßige Einsatzleitung

Sanitäts- und rettungsdienstliche Betreuung einer Großveranstaltung

Von Ulrich Granitzka

Der Sanitätsdienst des Malteser Hilfsdienstes (MHD) für den 95. Katholikentag vom 16. bis 20. Juni 2004 in Ulm verlief reibungslos. Der Grund dafür lag nicht zuletzt in der intensiven Vorbereitung des Einsatzes und der bewährten Verwendung eines Stabsführungssystems.

Im Zwei-Jahres-Rhythmus findet in einer deutschen Stadt ein Katholikentag statt. Traditionell wird das Generalsekretariat des Malteser Hilfsdienstes mit Sitz in Köln mit der sanitäts- und rettungsdienstlichen Betreuung der fünf Tage dauernden Veranstaltung beauftragt.

Lage und Einsatzplanung

Die Besonderheit dieses Einsatzes bestand darin, dass sich die Veranstaltungen jeweils über weite Teile des Stadtgebietes streuten. Es mussten täglich zirka 40 bis 50 Veranstaltungsorte sanitätsdienstlich abgesichert werden, wobei die Teilnehmerzahl bei den Veranstaltungen jeweils verschieden war.

Im Wesentlichen konzentrierten sich die Veranstaltungsorte auf das Messegelände, das Congresszentrum Ulm (CCU), den Innenstadtbereich und verschiedene Schul- und Gemeindezentren.

Allein der logistische Aufwand für den Einsatz „Katholikentag“ ist enorm. Als die Teilnehmer des Katholikentages Ulm am Sonntag die Stadt verließen, hatten die ca. 340 ehrenamtlichen Helfer aus 23 Diözesen insgesamt rund 30.000 Stunden Dienst hinter sich. Sie waren mit 129 Einsatz- und Transportfahrzeugen angereist, die in einer stadtnahen Kaserne stationiert waren.

Rund 470 Mal wandten sich die Katholikentagsteilnehmer an eine der 15 im gesamten Stadtge-

biet aufgebauten Sanitätsstationen des Malteser Hilfsdienstes. Chirurgische Notfälle (50 %) und internistische Erkrankungen und Notfälle (30 %) waren die häufigsten Gründe, Hilfe in Anspruch zu nehmen.



Die 129 Einsatzfahrzeuge waren in einer stadtnahen Kaserne stationiert.

Rund 230 medizinisch ausgebildete Kräfte, davon 10 Ärzte, 40 Rettungsassistenten und 50 Rettungsassistenten waren von morgens acht Uhr bis teilweise spät in den Abend unterwegs.

Einsatzführung und Durchführung

Der Einsatz wurde von einer Einsatzleitung (EL), die in der Hauptfeuerwache der Stadt Ulm untergebracht war, stabsmäßig geführt. Unterhalb der Einsatzleitung wurden von drei Einsatzabschnittsleitungen (AL) die ihnen unterstellten Kräfte selbstständig geführt und in den zugewiesenen Räumen

eingesetzt. Für die zentralen Großveranstaltungen wurden die jeweilig zuständigen Einsatzabschnittsleitungen verstärkt.

Der Einsatz wurde im grundsätzlichen Aufbau von einem Einsatzleiter und einem Führungsstab geführt. Im Normalbetrieb wurde er durch den



Das weiträumige Einsatzgebiet stellte hohe Anforderungen an die Mobilität der Helfer.

Leiter des Stabes „klein“ geführt. Dabei wurden die Sachgebiete 2 (Lage) und 3 (Einsatz) sowie die Sachgebiete 1 (Personal) und 4 (Versorgung) zusammengefasst. Das Sachgebiet 5 (Presse) wurde durch die Bundespressereferentin der Malteser besetzt, die nach Möglichkeit mit dem Einsatzleiter im Stadtgebiet unterwegs war, jedoch bei allen Stabsbesprechungen und bei Anforderung anwesend war. Zur Sicherung des Informations- und Kommunikationswesens wurde auch das Sachgebiet 6 (Information und Kommunikation) durch den Fernmeldedienst als Führungsunterstützung besetzt. Zusätzlich war auch der Bundesarzt der Malteser als medizinischer Leiter des Einsatzes in der Einsatzleitung vertreten.

Ein Verbindungsmann der Malteser im Organisationsbüro des Deutschen Katholikentages sicherte den ständigen Kontakt zum Veranstalter.

Die Sachgebiete 1 und 4 wurden vom Bundeswehr-Logistikzentrum der Rommelkaserne, die gleichzeitig die Unterkunft für alle Helfer bot, ausgeführt. Die gute Zusammenarbeit mit der Bundeswehr in den Bereichen Logistik, Unterkunft und

Verpflegung wurde als eine besonders wertvolle Unterstützung bei der Einsatzdurchführung beschrieben.

Für Lagen, die eine Führung des Einsatzes durch eine personell vollständig besetzte Einsatzleitung erforderten, war ausreichend eingewiesenes Personal sofort erreichbar.

Als Fachberater des Rettungsdienstes der Stadt Ulm war der Dienst habende Organisatorische Leiter Rettungsdienst, der vom DRK gestellt wird, ständig in der Einsatzleitung anwesend. Er hatte direkten Zugriff auf den Einsatzleiterschreiber der Feuerwehr und konnte Einsatzanfragen, die in der EL aufliefen, sofort disponieren. Gleichzeitig konnte er zu jeder Zeit mögliche Engpässe des örtlichen Rettungsdienstes darstellen und über besondere Lagen informieren.

Stabsbesprechungen mit allen Sachgebietsleitern und den Einsatzabschnittsleitern konnten in der Einsatzleitung durchgeführt werden, wobei ein besonderes Augenmerk auf besondere Lagen gelegt wurde. Unter anderem waren für das Einsatzstichwort „MANV“ in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Rettungsdienst Vorsorgemaßnahmen getroffen worden.

Eine aktuelle Lagedarstellung über die geplanten Einsatzorte wurde nach Abschnitten unterteilt mittels Stellwänden und Detailplänen realisiert.

Kommunikation

Die Kommunikation zu den Abschnitten erfolgte über 4-m-Funk auf einem eigenen Kanal per



Rund 230 medizinisch ausgebildete Kräfte, darunter 10 Ärzte, 40 Rettungsassistenten und 50 Rettungsanwärter waren im Einsatz.

Telefon. Für den Fall, dass diese Meldewege nicht funktionieren, standen der Einsatzleitung und den Abschnittsleitungen jeweils Kradmelder zur Verfügung, die auch Materialtransporte vornehmen konnten und als Erkunder zur Verfügung standen.

Die drei Einsatzabschnittsleitungen der Malteser arbeiteten weitgehend autark. Auch hier wurde in einem Stabssystem gearbeitet. Dies hat den Vorteil, dass Aufgaben genau definiert sind und systematisch abgearbeitet werden konnten. Es zeigte sich wieder einmal, dass klare Strukturen und die Verwendung bewährter Arbeitsmaterialien, wie zum Beispiel der Einsatz von Nachrichtenvordrucken (Meldezettel im 4-fach-Durchschreibesatz) sinnvoll sind.

In den Einsatzabschnitten standen, neben den Anbindungen über Mobiltelefon, Möglichkeiten der Führung über 4-m- und 2-m-Funk zur Verfügung, so dass sowohl alle Unfallhilfsstellen als auch einzelne Trupps notfalls über 2-m-Funk erreicht werden konnten.

Die enge Anbindung der Einsatzabschnitte an ihre Führungsstelle und deren Verbindung mit der Einsatzleitung war bei allen größeren und kleineren Anfragen von Vorteil. So konnten neben medizinischen Belangen auch Anfragen der Polizei, z.B. wegen verlorener Kinder, und die von Teilnehmern schnell und unkompliziert beantwortet werden.

Vorplanung für besondere Lagen

Für besondere Einsatzlagen wurde eine täglich wechselnde Reserve aus freien Teams vorgehalten. Der Auftrag dieser Gruppen war, innerhalb von 15 Minuten an jedem Punkt in der Stadt zu sein, um dort eine weitere Möglichkeit zur Versorgung von Verletzten aufbauen zu können.

Für Eigenunfälle oder Erkrankungen in den eigenen Reihen wurde rund um die Uhr ein Rettungstransportwagen und ein Notarzt-Einsatzfahrzeug vorgehalten. Auch für „seelische Notlagen“ war man gewappnet – ein Seelsorger der Malteser war jederzeit erreichbar.

Die Rettungsleitstelle der Stadt Ulm forderte die Malteser regelmäßig als Helfer vor Ort (First Responder) an. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg wurden Patienten vor Ort von den Kräften der Malteser versorgt und in der Regel an den örtlichen Rettungsdienst über-

geben. Diese Zusammenarbeit funktionierte reibungslos und führte praktisch zu einer kompletten Entlastung des Rettungsdienstes, der für die „Lage Katholikentag“ keine zusätzlichen Ressourcen binden musste.

Generalprobe für den Weltjugendtag 2005

Im August des nächsten Jahres werden für den Großraum Köln rund 400.000 junge Menschen



Die Einsatzleitung war in der Hauptfeuerwache der Stadt Ulm untergebracht.
(Fotos: Granitzka)

als Dauergäste und 800.000 Teilnehmer zur großen Abschlussmesse mit dem Papst erwartet. Die Malteser werden auch hier verantwortlich die Planung und Durchführung des Sanitäts- und Rettungsdienstes auf dem Veranstaltungsgelände wahrnehmen. Mit dem Einsatz in Ulm konnten im Hinblick auf dieses Ereignis Führungsstrukturen überdacht werden und das Personal im „Echtbetrieb“ arbeiten.

Als Ergebnis kann eines festgehalten werden: Die klassischen Organisations- und Führungsstrukturen nach DV 100 sind weiterhin aktuell und haben gezeigt, dass eine auf ihr basierende Planung den Einsatz in der Durchführung zum Erfolg werden lässt.

Feuerwehrtag in Polen unter EU-Banner

Von Irene Kölbl und Stefan Wagner, Berlin

Die ersten Maitage standen in Polen ganz im Zeichen der Feuerwehr. In Debno (Neudamm), Westpommern, nahm die Feuerwehr offiziell neue Räumlichkeiten in Betrieb. In Stettin fand der zentrale „Tag des Feuerwehrmannes“ statt. Im Bekenntnis zum polnischen EU-Beitritt erhielten Feuerwehrleute aus verschiedenen Ländern Auszeichnungen für ihr Engagement in Polen.

ca. 75 % der Mittel bereit, den Rest brachten die Gemeinde und Privatfirmen auf. Das entbindet das Unternehmen jedoch nicht von seiner Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung: Für den Ersteinsatz vor Ort ist eine eigene Werkfeuerwehr zuständig. Darüber hinaus engagiert sich das Unternehmen in der Gemeinde. Das neue Tanklöschfahrzeug gehört ebenso dazu wie die Übernahme der Kosten für die alljährliche Großübung.



Feierlicher Akt: Die Feuerwehrleute sehen der Auszeichnung und Beförderung entgegen.

Wachanbau

Die Erweiterung der Feuerwache in Debno geht auf ein besonderes Gefahrenpotenzial zurück. Im Ausrückebereich ist eine kanadisch-polnische Bergbaugesellschaft tätig, die an verschiedenen Bohrstellen Erdöl und Erdgas fördert sowie verarbeitet. Die Finanzierung des Anbaus erfolgte auf ungewöhnliche Weise. Die Hauptkommandantur der Berufsfeuerwehr stellte statt einer Komplettfinanzierung nur

Ausbildungsstand

Diese Vorsorge zahlte sich bereits aus: Bei einer Havarie auf dem Firmengelände – nach dem Bersten einer Rohrleitung kam es zu einem Brand – waren die Werk- und Berufsfeuerwehr entsprechend vorbereitet. Durch rasches Eingreifen verhinderten sie eine Katastrophe. Tadeusz Nowak zufolge – er ist Leiter der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr in Debno – haben die Einsatzkräfte in Polen durch die Kooperation mit ausländischen Feuerwehren viel gelernt. Hinsichtlich der vielfältigen Kontakte seien seine Feuerwehrleute heute Vorreiter in Polen.

Partnerschaften

1991 hatte die Administrative von Renkum in den Niederlanden Verbindung nach Debno aufgenommen. Ins Gespräch kamen auch die dortige Freiwillige Feuerwehr (FF) mit hauptamtlichen Kräften und ihre polnischen Kollegen. Die Entscheidung, Debno das alte Löschfahrzeug zu überlassen, fiel schnell. Bisher sind nicht nur fünf Fahrzeuge (drei Löschfahrzeuge (LF), ein Bus und ein Gerätewagen Gefahrgut) eingetroffen. Die Niederländer haben auch Lehrgänge, wie beispielsweise Atem-

schutz und erste Hilfe, empfohlen bzw. den Austausch angeregt.

Bei der feierlichen Einweihung der Feuerwache sprach Feuerwehrkommandant Ben Jansen, FF Renkum, seine eigenen Erfahrungen an: „Nach inzwischen einigen Jahren der Zusammenarbeit sehe ich mit Freude, wie sich alles entwickelt. Für uns Feuerwehrleute gilt: Wenn gutes Material und gute Arbeitsbedingungen vorhanden sind, ist bereits die halbe Arbeit geleistet“.

1992 haben die Städte Strausberg (Brandenburg) und Debno ihre seit 1978 bestehende Partnerschaft neu belebt. Eine Kooperation, in die auch die Feuerwehr mit eingeschlossen ist. An die gemeinsame Geschichte erinnerte Stadtbrandmeister Uwe Schmidt, der Wehrführer der FF Strausberg.

Des Weiteren steht Debno regelmäßig mit den Feuerwehren der Städte Bückeburg, Niedersachsen, Varde, Dänemark, und dem THW-Ortsverband Seelow in Verbindung. Sehr beständig ist die seit 1996 währende Zusammenarbeit mit dem THW. Peter Strohbach, Ortsbeauftragter für Seelow, hat sie damals zwischen den nahe gelegenen Orten initiiert und mittlerweile beinahe schon institutionalisiert.

Zu Ehren der Feuerwehrleute

Der Mai gilt in Polen als Monat des Brand-schutzes mit landesweiten Feierlichkeiten. Die Entscheidung, welcher Ort die zentrale Veranstaltung ausrichtet, trifft die Hauptkommandantur, die Leitung der Berufsfeuerwehr. Den diesjährigen Feuerwehrtag in Stettin abzuhalten, hatte zwei Gründe: Zum einen brachte die grenznahe Hafenstadt den europäischen Zusammenschluss sinnbildlich zum Ausdruck. Zum anderen war die vor kurzem ausgebaute und modernisierte Woiwodschaftskommandantur der staatlichen Feuerwehr offiziell zu übergeben.

Anerkennung

Zu den Feierlichkeiten waren Führungskräfte aus Politik und Feuerwehrwesen geladen. Anwesend waren u.a. Teofil Jankowski, der Hauptkommandant der staatlichen Feuerwehr, und Waldemar Pawlak, der Vorsitzende des Hauptverbandes der Freiwilligen Feuerwehren Polens. Dankadressen richteten Andrzej

Brachmanski, Staatssekretär im polnischen Innenministerium, und der Stettiner Bürgermeister Marian Jurzyk an die Einsatzkräfte. Der Beitritt zur Europäischen Union, den Polen am Vortag endgültig vollzogen hatte, erfüllte die Redner mit Freude: Ein „Tor für neue Erfahrungen, Begegnungen und Erkenntnisse“ habe sich aufgetan.

Einige der Auszeichnungen, die Brachmanski und Jankowski anschließend überreichten, waren diesem grenzüberschreitenden Engagement im Feuerwehrbereich gewidmet. Die Anerkennung wurde folgenden ausländischen Feuerwehrangehörigen zuteil: Stellvertretend für die gesamte FF nahm Ernst Klein, Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Penkun (Mecklenburg-Vorpommern), die Auszeichnung für die „Rettung von Leben und Bewahrung von Hab und Gut“ in Silber entgegen. Seine Einsatzkräfte sind an der Grenze zu Polen für den Autobahnbereich der A11 zuständig, die vom Berliner Ring nach Stet-



Austausch von Gastgeschenken: Nach der Einweihung der Woiwodschaftskommandantur überreichte der Berliner Landesbranddirektor Albrecht Broemme (2.v.l.) dem Leiter der polnischen staatlichen Feuerwehr Teofil Jankowski (2.v.r.), einen Helm.

tin führt. Bei verschiedenen Einsätzen arbeiteten deutsche und polnische Feuerwehrleute bereits zusammen. Bei gemeinsamen Aus- und Fortbildungen konnte nicht nur die Vorgehensweise im Einsatzgeschehen abgestimmt werden. Ein offizieller Partnerschaftsvertrag mit der FF Schmolecin besteht nun seit mittlerweile elf Jahren.

Die Kontakte der FF Renkum (Niederlande) nach Polen waren auf politischer Ebene entstanden. Kommandant Ben Jansen, HBM Dick van den Brul und Gerrit Beekhuizen, die die inzwischen freund-



Der Feuerwehrtag endete mit einer großen Wasserrettungsübung auf der Oder: Die Berufsfeuerwehr, der THW-Ortsverband Seelow und die polnische Polizei veranschaulichten die Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. (Fotos: Stefan Wagner)

schaftliche Verbindung sorgfältig pflegen, gehörten ebefalls zu den Geehrten.

Der Schweizer Jürg Kern war Technik- und Ausbildungsoffizier bei der FF Herisan, Kanton Appenzell. Seit 1991 hatte er Kontakt zur Feuerwehr in Koszalin. Er half dort bei der Beschaffung von Fahrzeugen und Material, die er aus der Schweiz herbeibrachte. Seit seiner Pensionierung vor zwei Jahren wohnt er in Polen. Sein Fachwissen bringt er heute immer noch in die Ausbildung der Berufsfeuerwehrlaute der Woiwodschaft ein.

Nachdem die Ehrungen verliehen waren, demonstrierten die Berufsfeuerwehr und der THW-Ortsverband Seelow die Möglichkeiten einer grenz-

überschreitenden Zusammenarbeit. Bei einer großen Wasserrettungsübung auf der Oder wurde den Zuschauern ein Überblick des vielfältigen Einsatzspektrums geboten.

Anschließend ging das offizielle Veranstaltungsprogramm in der Woiwodschaftskommandantur weiter. Die Feuerwache war 1903 errichtet worden. Von Beginn an waren die Räumlichkeiten für die Feuerwehr bestimmt: Freiwillige Feuerwehren und auch die Werkfeuerwehr der Stettiner Werft waren dort untergebracht. Mit dem Inkrafttreten der „Feuerwehrgesetzgebung“ (1991) veränderten sich Zuständigkeiten und Aufgaben der Woiwodschaftskommandantur, die einen neuen Dienstsitz benötigte. 1993 stellte die Werft den renovierungsbedürftigen Bau in der Firlikastraße zur Verfügung. Über ein EU-Projekt standen schließlich Mittel für die Instandsetzung und Modernisierung bereit. Mit den Geldern ließ sich auch das neue Kommunikations- und Verbindungsfahrzeug mit zwei Funkplätzen finanzieren. Nach Schulung polnischer und deutscher Feuerwehrleute soll dieses nicht nur in Westpommern, sondern auch in Mecklenburg-Vorpommern zum Einsatz kommen.

Neue Herausforderungen

Auf die Frage, ob der EU-Beitritt sich auf ihre Arbeit ausgewirkt habe, gaben Politiker diplomatisch, Feuerwehrleute eher resigniert Auskunft. Die Vorbereitungen für die Erweiterung sind bereits seit zwei Jahren gelaufen, so dass sich die Verwaltungsarbeit jetzt nicht geändert habe. Die Feuerwehr aber habe zunehmend mit der Bürokratie zu kämpfen. Statt sich den Belangen der Feuerwehrleute widmen zu können, sei immer mehr „Papierkram“ zu bearbeiten.

Für Brandamtmann Willi Welkisch – er koordiniert gemeinsam mit Kollegen für die Berliner Feuerwehr die Kontakte nach Polen – lässt sich die EU-Erweiterung folgendermaßen zusammenfassen: Die Wirtschaft habe die Grundlagen geschaffen, die Politik den Weg freigemacht. Nun müssen die Menschen den Weg gehen. Den Weg, den Feuerwehrleute und THW-Angehörige aus Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und Polen in Debno vorab schon mit Leben erfüllt haben.

Kommt die nukleare Bedrohung wieder?

Nach Auflösung des Ost-West-Konfliktes ist die Welt keineswegs sicherer geworden

Von Dieter Franke, BBK

Nichtverbreitungsvertrag

Zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation versuchten die beiden Seiten, hier die NATO unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika, dort der Warschauer Pakt mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken an der Spitze, Überlegenheit durch militärische Rüstung zu gewinnen. Noch geprägt durch den Schrecken der amerikanischen Kernwaffen-Einsätze zum Ende des zweiten Weltkrieges im August 1945 über Hiroshima und Nagasaki gehörte die nukleare Aufrüstung zum wichtigsten Projekt in Ost wie West. Gleichzeitig achteten die vier Siegermächte aber auch schon darauf, dass diese neue Superwaffe nur in ihren Händen bleiben sollte. So fand die Entwicklung die Atombombe offiziell und bestätigt nur in den USA, England, Frankreich und der Sowjetunion statt. Mit gewisser zeitlicher Verzögerung gesellte sich später China zu den so genannten Atommächten. Nun weiß jeder Zeitungsleser, dass damit der Kreis der Atommächte mit Sicherheit nicht vollständig ist, abgesehen von der Frage, ob nur Russland der alleinige atomare Nachfolgestaat der Sowjetunion ist.

Mit Indien und Pakistan haben zwei Staaten, die ebenso wie Israel und Kuba den Atomwaffen-sperrvertrag (Nonproliferation Treaty, kurz NPT) oder auch Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1970 nicht unterschrieben haben, durch Kernwaffenversuche demonstriert, dass sie willens und fähig sind, sich atomar aufzurüsten. Israel wird immer wieder in den Kreis der Kernwaffen besitzenden Staaten eingereiht, enthält sich selbst aber jeder Äußerung in die-

ser Hinsicht. Einzig bei Kuba, dem vierten abseits stehenden Staat, braucht man sich offensichtlich keine Gedanken zu machen.

Südafrika hat nach eigenem Bekunden Kernwaffen entwickelt, inzwischen aber verschrottet und tritt nun als ein überzeugter und anerkannter Nicht-Kernwaffenstaat auf. Argentinien und Brasilien gelten als technologisch fähig zur Entwicklung von Kernwaffen, sind aber nach eigenem Bekunden ebenso kernwaffenfrei wie die „nuklearen Erben“ der UdSSR, nämlich die Ukraine, Weißrussland und Kasachstan.

Mit Nordkorea hat ein Staat seinen möglichen Austritt aus dem Vertrag in den Raum gestellt, ohne dass dies zu allzu heftigen Reaktionen im Kreis der Weltgemeinschaft geführt hat. Dabei ist Nordkoreas Bestreben, Kernwaffen zu entwickeln, offenkundig. Ebenso klar ist die politische Unzuverlässigkeit und Instabilität des herrschenden Clans. Momentan scheint die geografische Lage und das daraus resultierende geringe Interesse dem Staat die äußere Sicherheit zu garantieren. Zudem liegen mit Irak und Afghanistan zwei andere Konfliktherde im Zentrum des Weltinteresses.

Als weiterer Staat, dem ein Interesse an der Macht verleihenden Waffe nachgesagt wird, gilt der Iran. Allerdings sind die finanziellen und technischen Voraussetzungen derzeit wahrscheinlich nicht gegeben. Teils wird auch bezweifelt, ob das Bestreben wirklich vorhanden ist.

Damit gilt es festzuhalten, dass die Kernwaffe unverändert in den militärischen Waffenarsenalen diverser Staaten vorhanden ist (Karte 1). Diese Staa-

ten sind nicht sämtlich als zuverlässig einzustufen. Die Lagerung und Bewachung schließlich muss in einigen Fällen selbst bei vorsichtiger Wortwahl als schlampig bezeichnet werden.

Dirty Bomb

Die Proliferation von Wissen oder Material zum Bau von Kernwaffen ist ohne Zweifel eine Gefahr, die nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Allerdings darf sie bei nüchterner Betrachtung auch nicht überbewertet werden. Die kriegsbegründende Sorge der US-amerikanischen Regierung, wonach der Irak damals u.a. kurz vor dem Bau der Kernwaffe gestanden habe, hat sich durch die Inspektionen der Vereinten Nationen vor dem Krieg und die Suche der Amerikaner im Nachhinein als falsch erwiesen. Die Atombombe im Stile von „Little Boy“ oder „Fat

um radioaktives Material in feinsten Pulverform freizusetzen.

Die Dirty Bomb ist keine Atombombe. Bei ihrer Detonation wird also in dem in der Bombe vorhandenem radioaktiven Material keine Kettenreaktion initiiert. Das wäre auch physikalisch gar nicht möglich, denn es handelt sich nicht um angereichertes Uran oder Plutonium. Vielmehr kann nahezu alles Verwendung finden, was sich an radioaktivem Material beschaffen lässt. Dieses wird lediglich einer konventionellen Bombe beigefügt. Die Detonation sorgt dafür, dass der radioaktive Stoff mit der Detonationswolke verteilt wird.

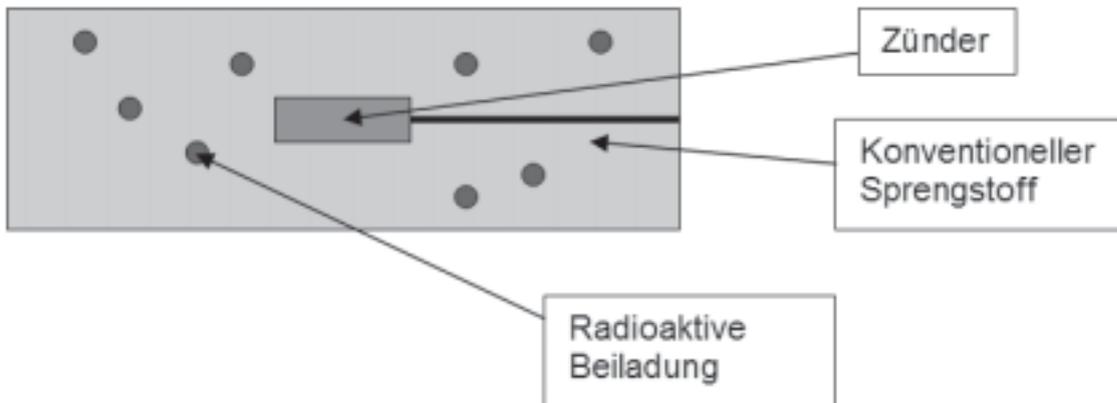
Damit zeigt sich eine Eigenschaft dieser Waffe, die sie deutlich von biologischen und chemischen unterscheidet. Die mit der Detonation verbundene Hitze ist nicht in der Lage, die Radioaktivität zu zerstören oder auch nur abzuschwächen. Biologische oder chemische Substanzen hingegen bereiten

den Waffenkonstrukteuren gerade durch ihre thermische Sensibilität große Schwierigkeiten, wenn sie zur Ausbringung der tödlichen Agenzien ähnliche Wege gehen wollen.

Allerdings muss man zugeben, dass auch radioaktive Stoffe nicht alle gleichermaßen geeignet sind. Jedoch lassen sich unproblematisch solche finden, die sich besonders gut als Pulver ausbringen lassen, die sich chemisch nicht so leicht mit anderen Elementen, insbesondere

solchen in der Atmosphäre, verbinden und die im menschlichen Körper eine hohe biologische Halbwertszeit haben.

Die Verfügbarkeit solche Substanzen ist relativ groß. Neben dem schwarzen Markt kommen Überfälle auf Transporte sowie Diebstähle in Betracht. Jedes Jahr werden in Deutschland radioaktive Stoffe für den medizinischen Bereich, für Forschungslabore und für Mess- und Prüfeinrichtungen in hoher sechsstelliger Zahl über unsere Straßen



Mit „Dirty Bomb“ wird die Möglichkeit bezeichnet, konventionellen Sprengstoff zu nutzen, um radioaktives Material in feinsten Pulverform freizusetzen.

Man“ (Hiroshima bzw. Nagasaki) zu entwickeln, fällt auch dem Staat schwer, der bereit ist, seine ganze finanzielle Macht rücksichtslos ausschließlich in dieses Projekt zu investieren.

Dies schließt jedoch eventuelle nukleare Bedrohungen nicht aus. Sie sind aufgrund der weltweiten Verfügbarkeit entsprechenden Materials allerdings eher in anderer Form realisierbar. Die „Dirty Bomb“ oder „Schmutzige Bombe“ bezeichnet die Möglichkeit, konventionellen Sprengstoff zu nutzen,

befördert. Die Transporte beziehungsweise die Verpackungen sind entsprechend gekennzeichnet und geben Aufschluss über Art und Aktivität des Inhalts. Ferner lagern natürlich diese dann angelieferten Stoffe an ihren Zielorten. Sicherlich sind sie entsprechend den Auflagen der Genehmigungsbehörden gesichert untergebracht, letztendlich ist aber eine Entwendung nicht auszuschließen. Als eine weitere Quelle muss an mobile oder eingebaute Strahler

In den letzten zehn Jahren hat die IAEA, die Internationale Atomenergie Behörde, über 500 behördlich bestätigte Fälle von Schmuggel oder Verlust von Kernbrennstoffen bzw. als gefährlich eingestuft radioaktive Quellen registriert. Schätzungen gehen davon aus, dass allein in Deutschland rund 1.000 geeignete Quellen vorhanden sind, deren Aktivität jeweils über einem Curie also $3,7 \times 10^{10}$ Becquerel liegt. Im Bereich des Schengener Abkommens,



Karte 1: Nach wie vor gehören Kernwaffen zum Waffenarsenal einiger Staaten.

in zahlreichen Mess- und Prüfeinrichtungen gedacht werden. Seien es nun so genannte Baustellen-Strahler, mit denen Schweißnähte oder andere Materialqualitäten vor Ort geprüft werden, oder seien es Strahler, die im Produktionsprozess die Dicke, den Füllstand oder die Reinheit des Produktes feststellen können.

in dem relativ freier Verkehr möglich ist, dürften es mehr als 10.000 solcher Quellen sein.

Fiktion ist das alles nicht. Zwar ist weltweit keine zur Detonation gebrachte Dirty Bomb bekannt. Gebaut wurde sie aber schon. Im Jahr 1996 platzierte eine islamistische Splittergruppe tschechischer Separatisten im Izmailovo-Park mitten

im Herzen von Moskau eine Bombe, bei der das Dynamit mit Caesium-137 versetzt war. Sie nutzten sie aber „nur“ zur Demonstration ihrer Möglichkeiten nach dem Motto: „Wie könnten jederzeit, wenn wir wollten“ und machten die örtlichen Sicherheitsbehörden selbst auf das gefährliche Päckchen aufmerksam.

Der islamistische Hintergrund gibt Anlass zur Sorge. Wenn im Allgemeinen eine hohe Eigengefährdung bei der Vorbereitung oder Durchführung eines Anschlages für den Täter eine Hemmschwelle darstellt, so gilt dies nicht für denjenigen, der bedenkenlos bereit ist, sein Leben im Kampf zu opfern. Bei der Prävention gegen terroristische Anschläge muss heute berücksichtigt werden, dass der Attentäter ggf. keine Rücksicht auf sein Leben nimmt und er bewusst zur „effektiven“ Platzierung seiner Tat in den Medien eine große Opferzahl sucht. Damit hat er für die Vorbereitung seines Anschlages erweiterte Möglichkeiten. Er kann bedenkenlos radioaktives Material verwenden, einkalkulierend, dass sein Leben nach vielleicht zwei bis drei Wochen aufgrund der beim Hantieren mit den Substanzen absorbierten Strahlendosis beendet sein wird. Und diese Zeitspanne reicht, um eine Dirty Bomb zu bauen und im terroristischen Sinne effektiv zur Detonation zu bringen. Ferner kommen als Einsatzort neben den unter konventionellen, biologischen oder chemischen Gesichtspunkten betrachteten Orten weitere Anschlagziele in Frage. Während bislang hauptsächlich Menschenansammlungen wie große Sportveranstaltungen oder geschlossene Gebäude wie Versammlungsstätten oder U-Bahn-Systeme in den Übungsszenarien auftauchten, muss man jetzt auch offene und gering frequentierte Plätze in größeren Städten in die Planungen einbeziehen, da die Wirkung nicht auf den unmittelbaren Anschlagort und den Moment der Detonation beschränkt bleibt.

Mini Nuke

Vielleicht muss in Zukunft die Atombombe neu definiert werden. In den USA wurde im März 2003 durch die Regierung ein Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Entwicklung neuer Atomwaffen initiiert und dazu gleichzeitig ein Gesetz aus dem Jahre 1994 aufgehoben werden soll, dass die Entwicklung solcher Bomben mit einer Detonations-

stärke von bis zu fünf Kilotonnen verbot. Ziel ist die verharmlosend so genannte Mini Nuke, eine kleine, flexibel einzusetzende Mini-Atombombe, die vorrangig gegen verbunkerte Einrichtungen gerichtet werden kann. Damit soll den Militärs eine kleine und gut zu handhabende Waffe zur Verfügung stehen, deren Einsatz und Wirkung sich kontrollieren lässt und die angeblich keine Kollateralschäden anrichtet. Doch dies dürfte wohl nur verschleierte Werbung sein. Eine Mini Nuke wäre alles andere als eine „saubere“ Gefechtsfeldwaffe. Ihre Detonation auf der Erde oder nach dem Eindringen in die Erde führt nun einmal unweigerlich zum Entstehen von radioaktiven Fall Out, zur Bindung der radioaktiven Spaltprodukte an die aufgrund der Detonationstemperatur geschmolzene Materie.

Kommt es wirklich zu einer atomaren Aufrüstung der USA mit Mini Nukes, dann muss wohl mit einer Senkung der Einsatzschwelle gerechnet werden. Daher steht zu befürchten, dass bislang still haltende Staaten ihr Waffenarsenal in die gleiche Richtung hin weiterentwickeln werden und der atomare Wettlauf mit neuen Teilnehmern in eine neue bedrohliche Runde einsteigt. Denn ein bisschen Atombombe ist ebenso unsinnig wie ein bisschen schwanger.

Quellen:

- www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/abr_und_r/nvv_html
- Schwarz, Erdmann: Atomterror, Knaur Taschenbuch Verlag, München 2004

Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutscherherrenstraße 93-95

53177 Bonn

**Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-550-579**

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name Vorname

Straße

PLZ Ort

Dienststelle/Firma Funktion im ZS/KatS

Tel.nr. für Rückfragen

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

**Zivilverteidigungs-,
Zivilschutz- und Kata-
strophenschutzrecht**

Best.-Nr: 3/04/27

Entwurf des Gesetzes
über die Errichtung des
Bundesamtes für Bevöl-
kerungsschutz und Kata-
strophenhilfe. Beschluss-
empfehlung und Bericht
des Innenausschusses

(4. Ausschuss) zu dem
Gesetzentwurf der Bun-
desregierung - Drucksache
15/2286 -
In: Verhandlungen des
Deutschen Bundestages,
Drucksache 15/2608
vom 3.3.2004, 7 S.

Best.-Nr: 3/04/6

Entwurf eines Gesetzes
zur Sicherung von Ver-

kehrsleistungen (Ver-
kehrsleistungsgesetz -
VerKLG). Gesetzentwurf
der Bundesregierung
In: Verhandlungen des
Bundesrates : Drucksache
85/04 vom
30.1.2004, 22 S.

Best.-Nr: 3/04/76

Entwurf eines Zweiten
Gesetzes zur Änderung

des Katastrophenschutz-
gesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt. Gesetz-
entwurf Landesregierung
In: Drucksache / Sach-
sen-Anhalt / Landtag
4/1360 vom 24.2.2004,
17 S.

Best.-Nr: 3/04/94

Gesetz über die Errich-
tung des Bundesamtes

für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vom 27. April 2004
In: Bundesgesetzblatt, Teil I (2004), 19 vom 30.4.2004, S. 630 - 631

□ Best.-Nr: 3/04/75

Gesetz zur Neuordnung des Brand- und Katastrophenschutzrechts im Land Brandenburg. Gesetzentwurf der Landesregierung
In: Drucksache / Brandenburg / Landtag 3/6938 vom 15.1.2004, 86 S.

Bevölkerungsschutz

□ Best.-Nr: 3/04/89

Zivile Sicherheitsvorsorge in Deutschland : Strategie und Umsetzung / Dieter Franke
In: Notfallvorsorge (2004), 1, S. 9 - 13

□ Best.-Nr: 3/04/101

Der Bund macht seine Hausaufgaben, Auf- und Ausbau neuer Koordinierungsinstrumente für ein effizienteres Zusammenwirken von Bund

und Ländern / Gerold Reichenbach
In: Homeland Security, das Medium für Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz (2004), 1, S. 28 - 29

□ Best.-Nr: 3/04/88

Ein halbes Jahrhundert AKNZ / Dieter Franke
In: Notfallvorsorge (2004), 1, S. 6 - 8

□ Best.-Nr: 3/04/15

„Terrorismusbekämpfung und Bevölkerungsschutz“. Rede von Bundesminister Schily zur Eröffnung des 7. Europäischen Polizeikongresses „Terrorismusbekämpfung und Bevölkerungsschutz“ am 16. Februar 2004 in Bonn
In: BMI-Pressemitteilung vom 16.2.2004, 6 S.

Katastrophenschutz

□ Best.-Nr: 3/04/80

Curriculum Standardisierte ABC-Grundausbildung / Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastro-

phenschutz, Projektgruppe 9 „Chemische und biologische Risiken und Gefahrenlagen“. Leitung: Dr. Willi Marzi. - Stand: 20.02.2004. - Köln, 2004. - 9 S.

□ Best.-Nr: 3/04/28

Emergency Preparedness and Response in the United States. Presentation to The German Academy for Crisis Management and Civil Defense, December 9, 2003, Bad Neuenahr, Germany ; Prepared Remarks / Under Secretary Brown
In: Fachkongress zur 50-Jahr Feier der AKNZ : Zivile Sicherheitsvorsorge in Deutschland, Strategien und Umsetzung, Bad Neuenahr-Ahrweiler, 8.-9. Dezember 2003. - Bad Neuenahr-Ahrweiler, 2003. 8 S.

□ Best.-Nr: 3/04/110

Entscheidung der Kommission vom 29. Dezember 2003 mit Bestimmungen zur Durchführung der Entscheidung 2001/792/EG, Euratom des Rates über ein Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzmaßnahmen.
(2004/277/EG, Euratom)

In: ABl. EU Teil L 87 vom 25.3.2004, S. 20 - 30

□ Best.-Nr: 3/04/7

Erstattungskostensätze 2004 einschließlich Betriebsstoff, ohne Kosten für Besatzung, Start-, Lande- und Hafengebühren. Hilfeleistungen der Bundeswehr im Frieden ; Änderung
In: VMBl. (2004), 1, S. 7-9

□ Best.-Nr: 3/04/113

EU-Regionalpolitik in Katastrophengebieten. Hochwasser 2002 in den neuen Bundesländern / Carmella Pfaffenbach, Karin Vorauer-Mischer
In: Geographische Rundschau 56 (2004), 5, S. 10 - 14

□ Best.-Nr: 3/04/92

Für lebenswerte Städte und Gemeinden / Gerd Landsberg
In: Notfallvorsorge (2004), 1, S. 25 - 27

□ Best.-Nr: 3/04/55

Impfschutz für Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes / Matthias

Schmidt
In: Florian Hessen
(2004), 3, S. 16 - 17

☐ Best.-Nr: 3/04/104

JERE 2004. Notfall-
übung am Münchener
Flughafen mit starker
militärischer Unterstüt-
zung
In: Soldat und Technik
(2004), 5, S. 12 - 13

☐ Best.-Nr: 3/04/102

Kooperationsmodell in
der Gefahrenabwehr: in
Rheinland-Pfalz koope-
rieren Bund, Land und
Kommunen / Jürgen
Domke
In: Homeland Security,
das Medium für Innere
Sicherheit und Bevölke-
rungsschutz (2004), 1, S.
32 - 34

☐ Best.-Nr: 3/04/135

Mitteilung der Kommis-
sion der Europäischen
Gemeinschaften an das
Europäische Parlament,
den Rat, den Europäi-
schen Wirtschafts- und
Sozialausschuss und den
Ausschuss der Regionen:
Ausbau der Katastro-
phenschutzkapazitäten
in der Europäischen
Union KOM(2004) 200
endg.; Ratsdok. 7890/04.

Empfehlungen der Aus-
schüsse
In: Verhandlungen des
Bundesrates, Drucksache
280/1/04 vom 4.5.2004,
8 S.

☐ Best.-Nr: 3/04/129

Measures of Effective-
ness in Large-scale Bio-
terrorism Events / Fre-
derick M. Burkle
In: Prehospital and dis-
aster medicine 18 (2003),
3, S. 258 - 262

☐ Best.-Nr: 3/04/18

Neue Normen für GW-
L: Logistikfahrzeuge für
den täglichen Einsatz
und für den Katastro-
phenfall / Thomas
Zawadke
In: Feuerwehrfachzeit-
schrift (2004), 3, S. 144 -
148

☐ Best.-Nr: 3/04/79

7. Europäischer Polizei-
kongress : 16.-17.02.2004
in Bonn-Bad Godesberg
In: Behörden Spiegel 20
(2004), 2 vom 1.3.2004,
S. 8, 10
Inhaltsverzeichnis: Bun-
desinnenminister Schily
eröffnete den Kongress.
Koordination und Kri-
senmanagement. Der
Bund bietet Hilfe an :

neues Bundesamt als
"Knotenpunkt". Ent-
scheidungen vereinfach-
en : der 24-Stunden-
Mechanismus der EU.
Weltweite Einsätze blei-
ben Alltag : THW prä-
sentierte sich auf 7.
Europäischen Polizei-
kongress. Der V-Fall ver-
liert an Bedeutung :
zivil-militärische Zusam-
menarbeit.

☐ Best.-Nr: 3/04/96

Der neue Zivil- und Ka-
tastrophenschutz: eine
Bewertung aus Sicht
einer Hilfsorganisation /
Benedikt Liefländer
In: Homeland Security,
das Medium für Innere
Sicherheit und Bevölke-
rungsschutz (2004), 1, S.
4 - 6

☐ Best.-Nr: 3/04/99

Wissensmanagement im
Zivilschutz: deNIS. Bun-
desweite Katastrophen-
vorsorge mit geobasier-
tem Online-Wissensma-
nagement
In: Homeland Security,
das Medium für Innere
Sicherheit und Bevölke-
rungsschutz (2004), 1, S.
23 - 25

Medizin, Rettungsdienst

☐ Best.-Nr: 3/04/2

„Medizinischer Katastro-
phenschutz: Hessen Bei-
spiel gebend“ / Michael
F. R. Popovic
In: Wehrmedizinische
Monatsschrift 48 (2004),
1, S. 28 - 30

☐ Best.-Nr: 3/04/26

Das „Richtige“ tun. Ent-
scheiden und Handeln
im Rettungsdienst.
Teil 1 / Hendrik Sudowe
In: Rettungsdienst 27
(2004), 3, S. 40 - 45

☐ Best.-Nr: 3/04/127

Case Report: Penetrating
Cardiac Injury Secondary
to a Terrorism-Related
Nail Bomb Explosion -
Herzverletzung durch
eine Sprengstoffanschlag
mit einer Nagelbombe
[Übersetzung des Titels]
/ Yasufumi Asai [u.a.]
In: Prehospital and dis-
aster medicine 18 (2003),
3, S. 249 - 252

☐ Best.-Nr: 3/04/103

Das deutsche Gesund-
heitswesen. Leistungsfä-

higkeit im Krisen- und Katastrophenfall / Joachim Habers
In: Homeland Security, das Medium für Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz (2004), 1, S. 54 - 56

☐ Best.-Nr: 3/04/47

Fixe Kartenkombination: neue Verletztenanhänge- und Suchdienstkarte [Teile I und II] / Ulrike Pantzer
In: Rotes Kreuz, das Fachmagazin des DRK (2004), 2, S. 14 - 15

☐ Best.-Nr: 3/04/120

Lack of Hospital Preparedness for Chemical Terrorism in a Major US City : 1996-2000 / Mark E. Keim, Nicki Pesik, Nana A.Y. Twum-Danso

In: Prehospital and disaster medicine 18 (2003), 3, S. 193 - 199

☐ Best.-Nr: 3/04/48

Zusammenarbeit der Fachdienste in der Wasserrettung. Fach- und organisationsübergreifende Einsatzkonzepte / André Wester

In: Notfall- und Rettungsmedizin 30 (2004), 2, S. 98 - 99

Technik, Feuerwehrwesen

☐ Best.-Nr: 3/04/85

Erläuterungen zur FwDV 500 „Einheiten im ABC-Einsatz“ / Gis-

bert Rodewald, Vorsitzender der Arbeitsgruppe FwDV 500; Lutz Rieck, Vorsitzender der Projektgruppe FwDV des AFKzV

In: Feuerwehrfachzeitschrift (2004), 4, S. 204 - 210

☐ Best.-Nr: 3/04/52

Modernisierung des Katastrophenschutzes stockt : Konzepte in der Schublade - doch Fahrzeuge und Geräte werden nicht beschafft / Bernd Pawelke
In: DFV-Aktuell vom 3.3.2004, 1 S.

☐ Best.-Nr: 3/04/56

Pressearbeit vor Ort - ein Konzept bewährt sich : "Wer nicht spricht, über den redet man" /

Stephan Schienbein
In: Florian Hessen (2004), 3, S. 34 - 35

☐ Best.-Nr: 3/04/18

Neue Normen für GW-L: Logistikfahrzeuge für den täglichen Einsatz und für den Katastrophenfall / Thomas Zawadke

In: Feuerwehrfachzeitschrift (2004), 3, S. 144 - 148

☐ Best.-Nr: 3/04/56

Pressearbeit vor Ort - ein Konzept bewährt sich : "Wer nicht spricht, über den redet man" / Stephan Schienbein
In: Florian Hessen (2004), 3, S. 34 - 35

Den gesamten Bestand der Fachinformationsstelle

finden Sie in der

deutschen Literaturdatenbank für Zivil- und Katastrophenschutz (deLiKat)

unter der Internetadresse

<http://194.95.178.104/>

Rettung durch Hubschrauber

Luftrettung auf der ILA 2004

Von Irene Kölbl und Stefan Wagner, Berlin

Auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld fand vom 10. bis 16. Mai 2004 die Internationale Luft- und Raumfahrttausstellung (ILA 2004) statt. Zahlreiche mehrtägige Konferenzen und Veranstaltungen waren in dieser Zeit anberaumt. Themen der Tagung „Rotor & Rescue“ waren Hubschrauber als First Responder und im Katastrophenmanagement.

An die Ereignisse des 11. September 2001 erinnerte dabei Roy Resavage, der Präsident der Internationalen Hubschraubervereinigung. Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon wirkten sich auch auf den Luftverkehr aus: Alle Maschinen mussten am Boden bleiben; das galt gleichermaßen für Hubschrauber. Demzufolge konnten Verletzte weder von offiziellen – das Department of Defense verfügt über 11.000 Hubschrauber – noch von kommerziellen Hubschraubern (Anzahl: 10.000) aus der Luft versorgt bzw. abtransportiert werden.

Die hohe Hubschrauberanzahl in den USA ist auf die weitläufigen, ländlichen Strukturen zurückzuführen. Der bodengebundene Rettungsdienst ist oftmals nicht in der Lage, die weiten Anfahrten in akzeptablen Zeiten zu bewältigen. Selbst bei den kommerziell genutzten Hubschraubern halten Betreiber Fluggeräte vor, die über eine Notfallausrüstung verfügen (z. B. Defibrillator).

Das amerikanische Department of Homeland Security hat inzwischen ein nationales Notfallmanagementsystem (National Incident Management System - NIMS) ausgearbeitet. Die darin enthaltene Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten, u.a. für First Responder, gibt Standards für den Umgang mit dem Katastrophenfall vor. Vorgehensweisen, mit denen sich das Land für eventuelle Gefahren gewappnet

sieht. Seit den Anschlägen finden zudem regelmäßige Überprüfungen aller Crewmitglieder statt: Gemeinsam gilt es ein einheitliches Sicherheitskonzept zu verwirklichen.

Als Mitglied des UN Disaster Teams ist Lt. Branddirektor Peer Rechenbach, BF Hamburg, die Zusammenarbeit von SAR- und Rettungsdienst vertraut. Er verwies darauf, dass nationale Gefahrenla-



Ein SAR-Hubschrauber der Luftwaffe vom Typ Bell UH-1D (vorne) und ein Zivilschutz-Hubschrauber des Bundes vom Typ Bell 212. (Foto: Stefan Wagner)

gen „ein Team, einen Plan, einen Kampf, aber auch ein einheitliches Training erfordern“. Bei der Waldbrandbekämpfung diene die Erkundung aus der Luft der schnellen Informationsgewinnung. Schwieriger gestalte sich jedoch die Brandbekämpfung aus der Luft angesichts des Transportbedarfs an Material und Personal. Ein Training mit der Bundeswehr war

bisher nicht möglich, „denn unsere Pressluftatmer gelten als Gefahrgut. Andererseits aber fliegen wir auf Boxen mit Handgranaten. Hierbei handelt es sich nicht um Gefahrgut, das sind Waffen. Aber derartige Probleme lassen sich lösen“, war der Hamburger Experte dennoch überzeugt, „wenn wir es wollen“.

Der Aufbau technisch optimal ausgestatteter Spezialeinsatzgruppen, so genannter Task Forces, für Schiffsbrandsicherung, Höhenrettung, ABC etc. sei auf gutem Wege. Angesichts eines vorgesehenen Aktionsradius von 150 km seien mindestens neun Stützpunkte erforderlich. Nur so lasse sich sicherstellen, dass die Kräfte innerhalb von 60 Minuten tätig werden können. Als einzige Organisation verfüge der BGS über nutzbare Fluggeräte, um die Einsatzplannungen umzusetzen.

Klaus-Jürgen Jess, BGS, erwähnte verschiedene Einsätze der vergangenen Jahre, bei denen Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes tätig waren: Beim Elbehochwasser im Sommer 2002 waren Men-



Bei seinem ILA-Rundgang besuchte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (li.) auch den Informationsstand des BBK. (Foto: BBK/Stein)

schen zu retten, Wasserproben zu nehmen und Suchaktionen mit Wärmebildkameras durchzuführen. 2003 unterstützten Fliegerstaffeln in Frankreich, Portugal und der Schweiz die Waldbrandbekämpfung. Die Einsatzkräfte seien für diese Gefahrenlagen ausgebildet, die Maschinen für diese Einsätze geeignet. Es

gehe um einen gesetzlichen Auftrag, bei dem der BGS die gleiche Sprache wie Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Polizei und THW spricht.

Polizeidirektor Achim Friedl, der stellvertretende Kommandeur der BGS-Fliegergruppe, betonte, dass Flug- und Luftsicherheit zusammengehören. Sie seien gemeinsam zu planen und auszuarbeiten. Neben der technischen und betrieblichen Sicherheit seien Maßnahmen gegen gefährliche Eingriffe und Missbrauch zu treffen. Zur Zeit des Baader-Meinhof-Terrorismus galten auch Hubschrauberstützpunkte als Anschlagziele, so dass mögliche Interventionen wie Entführungen oder Befreiungsversuche vorzuplanen waren. Die veränderte Sicherheitslage betreffe Staat und Gesellschaft:

- Die Fluggäste haben sich verschärften Sicherheitskontrollen – vorgesehen sind künftig Ausweispapiere, die jpg-komprimierte Rohdaten eines Gesichtsbildes sowie optional noch Fingerabdrücke oder Irisscan auf einem kontaktlos auslesbaren Chip enthalten – zu stellen.
- Die Luftfahrzeugindustrie hat beispielsweise schuss-sichere Türen zum Cockpit einzubauen. Sicherheitshinweise müssen den Gegebenheiten einzelner Flugmuster angepasst sein.
- Die Luftfahrzeugbetreiber haben neben der Prüfung ihres Personals den sicheren Betriebszustand und den Schutz gegen unerlaubte Inbetriebnahme ihrer Fluggeräte nachzuweisen.
- Die Flughäfen haben nicht nur geeignete Mittel vorzuhalten, um Personen und Gepäck umfassend zu kontrollieren. Firmen, die auf dem Gelände tätig sind, haben sich ebenfalls regelmäßigen Sicherheitsüberprüfungen zu unterziehen.
- Der Staat hat mit dem Entwurf des Luftsicherheitsgesetzes, den der Bundestag am 18. Juni 2004 angenommen hat, die Luftsicherheit präzisiert.

Fest stehe, dass die Prävention vorab durch umfassende Vorkehrungen, die alle Bereiche der Luftfahrt einschließen, gegeben sein muss.

Arbeiter-Samariter-Bund

ASB fördert den Aufbau von Schulsanitätsdiensten

Schüler werden zu kompetenten Ersthelfern

Der ASB betreut gemeinsam mit der Arbeiter-Samariter-Jugend (ASJ) inzwischen bundesweit in 45 Städten Schulsanitätsdienste. Der Bundesverband unterstützt seine Gliederungen in diesem Jahr mit einem Förderprogramm, für das er 30.000 Euro bereitgestellt hat. In einem Kooperationsprojekt des Bundesverbandes, bei dem die Fachbereiche Notfallausbildung, Freiwilligenarbeit und ASJ zusammenarbeiten, wurde eine Kampagne mit dem Titel „Die Junior Sanis“ entwickelt. Mit Faltblättern, Aufklebern und Postern soll der Schulsanitätsdienst (SSD) bei Schülern, Lehrern und Eltern vorgestellt und noch bekannter gemacht werden.

Junge Menschen fühlen sich gerade bei konkreten Projekten gefordert. Eines der besten Beispiele: die Hochwasserkatastrophe an der Elbe und ihren Nebenflüssen im Sommer 2002. Tausende von Jugendlichen halfen spontan mit, beim Deichverstärken, bei der Beseitigung von Schäden oder bei der Versorgung der Flutopfer. Jugendliche übernehmen gerne Verantwortung, wenn sie das Gefühl haben, etwas Sinnvolles zu tun. Deshalb setzen sich 85 Prozent der gesellschaftlich engagierten jungen Leute in Vereinen, Bildungseinrichtungen und Jugendorganisationen für andere ein.

Die Schule als Lebenswelt

Das gilt auch für Initiativen in der Schule. Sie ist für Kinder und Jugendliche heute nicht nur Bildungsstätte, sondern auch ein wichtiges gesellschaftliches Umfeld. Hier verbringen sie einen großen Teil ihres Tages und können sich neben dem Unterricht auch in Arbeitsgemeinschaften und bei Fortbildungen engagieren. Gerade der Schulsanitätsdienst bie-

tet sinnvolle Möglichkeiten, aktiv etwas für andere und nicht zuletzt für sich selbst zu tun.

ASJ Lübeck: SSD in der Praxis

Große Pause an einem Gymnasium in Lübeck: Beim Gedrängel hinaus auf den Schulhof stolpert die zwölfjährige Anna auf der Treppe, fällt und schlägt sich das Knie auf. Die anderen Schüler bleiben erschrocken stehen, starren ratlos auf die blutende Wunde. Wenige Minuten später ist „Schulsani“



Regelmäßig muss kontrolliert werden, ob die Erste-Hilfe-Tasche vollständig gepackt ist.

Tobias mit seiner Notfalltasche zur Stelle, ein Lehrer hat ihn zur Hilfe gerufen. Tobias spricht beruhigend auf die erschrockene Anna ein, schaut sich die Verletzung an und stellt fest, dass es nur eine Schürfwunde ist. Mit ein paar Handgriffen versorgt er das Knie mit Desinfektionsmittel und Pflaster und hilft der Mitschülerin wieder auf die Beine. Alles halb so schlimm, für den Helfer ein Routinefall. Tobias ist Schulsanitäter und auf solche Situationen bestens vorbereitet.

Der Schulsanitätsdienst bietet interessierten jungen Menschen eine gute Möglichkeit, sich für ihre Schulgemeinschaft einzusetzen. Und das tun die Schülerinnen und Schüler in Lübeck bereits seit zwei Jahren. Zurzeit sind in der Hansestadt 27 Schul-

sanitärer der Arbeiter-Samariter-Jugend (ASJ) an sechs verschiedenen Schulen aktiv, und es sollen noch mehr werden. Die Initiative, an einigen Lübecker Schulen einen Schulsanitätsdienst aufzubauen, hatte 2001 die



Schnell und einfach: Wird die Hilfe eines Schulsanitäters gebraucht, kann er per Handy alarmiert werden.

ASJ Lübeck gestartet. Lehrer und Eltern waren von dieser Idee begeistert, und auch den Schulleitungen erschien das ein sinnvolles Projekt. Schließlich ereignen sich an Deutschlands Schulen jährlich mehr als 1,5 Millionen Unfälle. Da kann schnelle Versorgung „aus dem Hause“ oft Schlimmeres verhindern.

Die Einsätze sind vielseitig

Schulsanitäter sind immer dann gefragt, wenn ein Mitschüler krank oder verletzt ist. Das Sekretariat ruft per Handy bei ihnen an, wenn Hilfe benötigt wird. Dann heißt es: Zum Sanitätsraum laufen, die „Sanitasche“ holen und schnellstmöglich zum Unfallort. Hier ein Pflaster auf eine Schnittwunde kleben, da eine Schürfwunde am Knie desinfizieren oder eine Prellung mit dem Cool-Pack kühlen – so sehen die alltäglichen Aufgaben eines Schulsanitäters aus. Nach der Erstversorgung bleibt der „Schulsani“ wenn nötig eine Zeit bei dem Verletzten und begleitet ihn dann zurück in seine Klasse oder wartet in schweren Fällen, bis der Rettungsdienst kommt. Doch da-

mit ist die Arbeit nicht getan. Auch Bürokratie gehört dazu. In einem schriftlichen Einsatzbericht müssen alle wichtigen Daten vermerkt werden.

Am häufigsten werden die Schulsanis bei Kreislaufschwächen zur Hilfe gerufen. Benjamin, der im Katharineum für den Schulsanitätsdienst verantwortlich ist und im nächsten Jahr Abitur macht, musste feststellen, dass viele seiner Mitschüler nicht ausreichend frühstücken und deshalb unterzuckern. „Ansonsten haben wir viel mit Wunden, Prellungen und Stauchungen aus dem Sportunterricht und den Pausen zu tun“, erzählt der 16-jährige Christian. In der Regel passieren in der Woche zwei bis drei Unfälle, bei denen die Schulsanitäter zum Einsatz kommen. „Im Winter gab es aber auch schon mal eine Phase, in der wir pro Tag ein bis zwei Unfälle zu versorgen hatten“, berichtet Sorush. „Wenn’s glatt ist und die Kinder zum Bus rennen, dann gibt’s reihenweise aufgeschlagene Knie“, erzählt er. Dramatisch verlaufen die Einsätze zum Glück nur selten.

Eine gute Ausbildung gehört dazu

Insgesamt 88 Stunden Ausbildung an acht Wochenenden inklusive einer theoretischen sowie einer praktischen Prüfung haben alle Schulsanitäter hinter sich. Aber auch diejenigen, die die Prüfung nicht bestehen, weil sie zu wenig Zeit zum Lernen



haben, dürfen natürlich beim Schulsanitätsdienst mitmachen. „Es reicht, dass man die Schulungen mitgemacht hat und zeigt, dass man ein bisschen was

kann. Es sind ja eine Reihe von ausgebildeten Sanitätern dabei, an deren Seite ein Ersthelfer, der das System verstanden hat, mitmachen kann“, erklärt Lars Waßmann, Leiter des Schulsanitätsdienstes der ASJ in Lübeck.



Die Jugendlichen werden in Erste-Hilfe-Kursen intensiv auf ihre Aufgaben vorbereitet. (Fotos: ASB/H. Sachs)

Lob und Vorteile

Die Vorteile, die ein Schulsanitätsdienst der Schule bringt, möchten Schulleiter und Lehrer nicht mehr missen. Neben einer großen zeitlichen Entlastung sind sie froh, nicht mehr alleine verantwortlich für die Versorgung verletzter oder kranker Schüler zu sein. Sie kennen auch die Vorteile, die ein Schulsanitätsdienst für das Klima an einer Schule hat: Das „Aufeinander Zugehen“ wird gefördert, sowohl bei den Schülern, als auch bei den Lehrern. Die Schulsanis selber werden in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt, übernehmen Verantwortung, identifizieren sich stärker mit ihrer Schule und werden durch ihr neues Selbstvertrauen sogar zu besseren Schülern.

A. Valentino/B. Fornoff

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

549 Menschen vor dem Ertrinken gerettet

61.600 Rettungsschwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) haben im vergangenen Jahr mit 2,25 Millionen Wachstunden auf ehrenamtlicher Basis für mehr Sicherheit an Küsten und Binnengewässern gesorgt. Sie retteten 549 Menschen vor dem sicheren Tod durch Ertrinken. Bei 145 Einsätzen setzten sie ihr eigenes Leben aufs Spiel.



Ohne dieses weltweit einmalige ehrenamtliche System wären in Deutschland im Jahr 2003 nahezu 1.200 Menschen ertrunken. Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen kamen 644 Menschen im Wasser ums Leben. Die meisten Menschen starben nach Angaben der DLRG an unbewachten Stellen von Binnenseen und Flüssen. „Städte und Gemeinden müssen künftig vernünftige Sicherheitskonzepte für die Gewässer auf der Basis klarer Risikoanalysen erarbeiten, um einen weiteren Anstieg der Ertrinkungsfälle zu verhindern. Nur ein Badeverbotschild aufzustellen und sich damit aus der Verantwortung zu stehlen ist fahrlässig,“ kritisiert DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens die gängige Praxis.

Kurzfristige Kostendämpfungsmaßnahme

„Als völlig verfehlte, kurzfristige kommunale Kostendämpfungsmaßnahme“ bezeichnete Dr. Wilkens die weiter steigende Zahl von Bäderschließungen. Damit werde nicht nur die DLRG getroffen, sondern in erster Linie die Schulen. Schwimmunterricht sei ein wichtiger Bildungsbestandteil. Die DLRG beklagt seit Jahren sinkende Ausbildungszahlen. Mit 233.750 Schwimm- und Rettungsschwimmprüfungen im Jahr 2003 sei das niedrigste Ergebnis seit Jahrzehnten erzielt worden. Mittelfristig gefährde diese

Politik die Schwimmfähigkeit der Bevölkerung. „Dann müssen wir mit noch mehr Ertrinkungsoptionen rechnen“, so der Chef der Lebensretter. Die DLRG fordert in einer Resolution eine konsequente Abkehr von diesem Sparkurs.

Angesichts steigender Ertrinkungszahlen und zunehmender Hochwasserkatastrophen ist es zwingend notwendig, so die DLRG, die Wasserrettung in den Rechtsgrundlagen des Zivil- und Katastrophenschutzes zu verankern und das Verfahren mit dem nötigen Nachdruck voranzutreiben. Seit dem letzten Hochwasser an der Elbe und ihren Nebenflüssen sei zu viel Zeit vergangen und „seit geraumer Zeit bewegt sich fast nichts mehr“, zeigt sich der DLRG-Präsident enttäuscht.

DLRG trägt international Verantwortung

Als größte Wasserrettungsorganisation der Welt mit 800.000 Mitgliedern und Förderern übernimmt die DLRG auch international Verantwortung. „Der

tranken im Jahr 2000 weltweit 410.000 Menschen, davon 37.500 in Europa. Um die Sicherheit zu erhöhen haben die Lebensretter ein Maßnahmenpaket geschnürt. Es enthält vier Elemente:

- Seit Februar 2003 gilt an Badestellen weltweit ein neues einheitliches Kennzeichnungssystem, das Badegäste und Wassersportler über Gefahren informiert.
- Vertreter der DLRG und ILSE arbeiten zur Zeit in der International Standard Organisation (ISO) und dem Deutschen Institut für Normung (DIN) an einer Norm für Zeichen und grafische Symbole zur Wassersicherheit. Die DLRG rechnet damit, dass die neue Norm im Jahr 2006 fertiggestellt ist und damit die Kennzeichnung für alle Anwender zwingend vorschreibt.
- Die ILSE hat ein europäisches Konzept für die Gefahrenanalyse von Gewässern, Stränden und Badegebieten erarbeitet. Das „risk assessment“ ermöglicht eine Klassifizierung nach Gefahrenlagen und gibt den Betreibern wichtige Hinweise für die Absicherung. Ab 2006 soll das System in Zusammenarbeit mit der Blue Flag europaweit umgesetzt werden.
- Als besonderes Kennzeichen für durch Rettungsschwimmer bewachte Strände wird künftig ein stilisierter Rettungsschwimmer mit Badekappe auf rotem Grund zu sehen sein. Das Zeichen ist weltweit geschützt und soll Badegästen und Wassersportlern signalisieren, dass im Notfall schnelle und qualifizierte Hilfe geleistet wird.

Zukunftsorientierte Konzepte

Am 19. Oktober 2003 wurde die DLRG 90 Jahre alt. Sie beging das Jubiläum mit einem Festakt am Sitz des Bundesverbandes in Bad Nenndorf. Im Vorfeld der Feierlichkeiten hatte die DLRG 250 Fachleute aus dem In- und Ausland zu einem Internationalen Symposium zur Wassersicherheit eingeladen. Experten und Gäste aus 17 Nationen berieten mit Fachleuten der DLRG, Vertretern von Ministerien des Bundes, der Länder und Kommunen, des Katastrophenschutzes und Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen über neue, zukunftsorientierte Konzepte der Wassersicherheit und der Prophylaxe.

Wassersporttourismus ist heute weltweit und die Sicherheitsvorkehrungen sind oft ungenügend,“ beschreibt Dr. Wilkens, der auch Präsident der ILSE ist, die aktuelle Situation. Den Schwerpunkt setzt die DLRG in der International Life Saving Federation of Europe (ILSE), dem Dachverband der europäischen Wasserrettungsorganisation. Nach einer Statistik der World Health Organisation (WHO) er-



Lifeguarded

In den 90 Jahren ihres Bestehens hat sich der ausschließlich auf ehrenamtlicher Grundlage arbeitende Verband aus kleinen Anfängen zu einer national wie international geachteten Organisation entwickelt. In Deutschland ist es ihr gelungen, seit der Gründung des Verbandes im Jahr 1913, die Zahl der jährlichen tödlichen Ertrinkungsunfälle um fast 90 Prozent zu senken. Durch die konsequente Ausbildungsarbeit im Schwimmen und Rettungsschwimmen stieg die Zahl der Schwimmer in der Bevölkerung im Zeitraum von neuen Jahrzehnten von drei auf nahezu 80 Prozent.

Deutscher Feuerwehrverband

Digitalfunk-Test bei Feuerwehr-Meisterschaften

Einen digitalen „Feldversuch“ der besonderen Art haben T-Systems, Motorola und der Deutsche Feuerwehrverband bei den Deutschen Feuerwehr-Meisterschaften in Halle (Saale) durchgeführt: Mit rund 120 Geräten in einem digitalen Bündelfunknetz wurde die Kommunikation der Wertungsrichter und Organisatoren sichergestellt.

An der Großveranstaltung nahmen rund 1600 Sportler und Wertungsrichter aus allen 16 Bundesländern teil. Von den 113 Gruppen am Start qualifizierten sich 19 für die Teilnahme an der Feuerwehr-Olympiade 2005 in Varazdin (Kroatien). Schirmherr der 9. Deutschen Feuerwehr-Meisterschaften war der Bundesminister des Innern Otto Schily.

„Die Feuerwehr braucht ein sicheres, leistungsfähiges Kommunikationssystem“, unterstrich

Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes. „Die Elbeflut vom Sommer 2002 hat gezeigt, dass die Kommunikation mit dem analogen Funksystem eklatante Mängel aufwies. Nur



Sandra Holzbecher ist Deutsche Meisterin und erfolgreichste deutsche Athletin in den Internationalen Feuerwehr-Sportwettkämpfen. (Foto: R. Thumser)

mit zeitgemäßer Technik können wir unserer Aufgabe künftig gerecht werden.“

Ausführliche Informationen, Fotos und Siegerlisten der Deutschen Feuerwehr-Meisterschaften in Halle gibt es im Internet unter www.dfv.org/presse.

sö



Breitenausbildung im Fokus des Forums Brandschutzerziehung 2004

Brandschutz und Rettungsmaßnahmen sollen künftig ebenso wie die Erste Hilfe in die Breitenausbildung des Bundes einfließen. Eine hochinteressante Entwicklung, die in den Feuerwehren aufmerksam beobachtet wird – und sich sicher auch in Deutschlands größtem Expertenforum für die Brandschutzaufklärung und Brandschutzerziehung niederschlägt. Wer daran teilnehmen möchte, sollte sich jetzt spühen: Noch bis zum 30. August sind Anmeldungen zum Frühbucherpreis möglich!

Das „Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung“ findet am 26. und 27. November 2004 an der Brandschutz- und Katastrophenschutzschule des Landes Sachsen-Anhalt in Heyrothsberge (bei Magdeburg) statt. Der Veranstaltungsort ist aus allen Richtungen gut zu erreichen und soll verstärkt auch Teilnehmer aus den Neuen Bundesländern ansprechen. Gemeinsame Veranstalter sind die Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (vfdb) und der Deutsche Feuerwehrverband (DFV).

„Der erfolgreichen Sicherheitserziehung durch die Feuerwehren kommt angesichts von Terrorgefahren und Naturkatastrophen steigende Bedeutung zu. Das betrifft vor allem die Breitenausbildung des

Bundes. Deshalb ist der fachliche Austausch auf diesem Feld wichtiger den je“, sagt DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann. Referatsleiter Dr. Volker Meyer



Die Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge (o. und u.li) ist Tagungsort des diesjährigen Fachforums von DFV und vfdb. (Foto: S. Jacobs)



von der vfdb betont: „Das ‚Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung‘ hat sich als wegweisender Workshop etabliert. Es ist für Brandschutzerzieher der Feuerwehren, für externe Präventionsexperten, für Fachleute der Versicherungen und für alle, die Material für deren Arbeit entwickeln, die maßgebliche Ideenbörse.“

In diesem Jahr steht das Forum unter dem Schwerpunktthema „Brandschutzaufklärung bei Menschen mit Handikaps“. Selbstverständlich soll sich die Arbeit aber auch auf andere Felder erstrecken – dazu sind Arbeitsgruppen vorgesehen. DFV und vfdb rufen interessierte Referenten zur Mitarbeit auf. „Call for papers“ und die Anmeldeunterlagen stehen unter www.brandschutzaufklaerung.de und www.dfv.org/fachthemen zum Download bereit.

Das Forum 2004 wird zum Selbstkostenpreis angeboten: Frühbucher zahlen 85 Euro, danach be-

läuft sich die Teilnehmergebühr auf 100 Euro pro Person. Darin sind auch das gemeinsame Abendessen am 26. November, das Mittagessen am 27. November sowie Pausensnacks enthalten. Übernachtungsmöglichkeiten im Zwei-Bett-Zimmer an der BKS Heyrothsberge gibt es – solange die Kapazitäten reichen – für nur 12 Euro inklusive Frühstück.

Tagungsbüro:
Deutscher Feuerwehrverband,
Unter den Linden 42,
10117 Berlin,
Telefon; 030/ 20674804,
Telefax: 030/ 20674805,
E-Mail: brosius@dfv.org.

Vorhersage von Unwettern verbessern – Feuerwehren kooperieren mit DWD

„Die Unwettereinsätze der Feuerwehren nehmen ständig zu, die Schwere der Schäden steigt und wir müssen immer mehr Opfer beklagen. Das beunruhigt uns sehr“, sagt Albrecht Broemme, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). Die Feuerwehren setzen deshalb auf eine bessere Vorhersage von Unwettern und haben mit dem Deutschen Wetterdienst ein neues Warnsystem entwickelt.

Das Feuerwehr-Wetter-Informations-System FeWIS stellt Wetterdaten und -vorhersagen, aktuelle und individuelle Wetterwarnungen, Radarbilder, Gefahrenprognosen für Waldbrände und sogar Berechnungen von Schadstoffwolken im Internet zur Verfügung. Es soll den Feuerwehren helfen, sich auf Unwetter und Naturkatastrophen präziser vorzubereiten und gezielter auf sie reagieren zu können. DWD-Präsident Udo Gärtner und DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme als Landesbranddirektor von Berlin stellten das System in Berlin vor. Broemme: „FeWIS wird uns helfen, trotz der Besorgnis erregenden Entwicklung auch künftig schnell und effizienter zu helfen.“

sö

Deutsches Rotes Kreuz

Sudan: Größter Rotkreuz-Einsatz weltweit

„Die Flüchtlingskatastrophe im Sudan ist zur Zeit die größte humanitäre Katastrophe weltweit. In der internationalen Rotkreuz-Rothalbmond-bewegung bündeln wir deshalb alle Kräfte, um den Menschen zu helfen“, sagt DRK-Generalsekretär Clemens Graf von Waldburg-Zeil.



„Wir dürfen keine Zeit verlieren“

Mit 118 Delegierten des Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und 1.150 Helfern des Sudanesischen Roten Halbmonds entwickelten sich die Hilfen des Roten Kreuzes in der



In einem Zelt aus Plastikplanen schützt eine Frau ihre beiden Neugeborenen vor der Hitze.

westsudanesischen Region Darfur zum momentan größten Rotkreuz-Einsatz weltweit. In Darfur sind mittlerweile rund 1, 2 Millionen Menschen auf der Flucht. „Jeder ist von dem ungeheuren Ausmaß der Krise überwältigt“, sagt Dr. Joachim Gardemann, DRK-Teamarzt in Darfur. „Durch die gegenwärtige Regenzeit wird die humanitäre Krise noch verschärft. Wir müssen die Hilfsaktionen im Sudan verstärken und dürfen dabei keine Zeit verlieren“, so Gardemann.

Frisches Trinkwasser, Nahrung und ein Dach über den Kopf

Neben der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge, dem Schutz von Zivilpersonen und der Suche nach Vermissten kümmern sich die Rotkreuz- und Rothalbmond-Helfer vorwiegend darum, dass



Zwei Frauen geben ihren Kindern eine Salz-Zucker-Lösung gegen Durchfall.
(Fotos: Fredrik Barkenhammar)

die Menschen schnell mit den notwendigsten Dingen versorgt werden: Sie bekommen frisches Trinkwasser, Nahrung und ein Dach über den Kopf. Zelte und Plastikplanen bieten den Flüchtlingen Schutz gegen die glühende Hitze. Die Temperaturen steigen in Darfur nachmittags bis auf 50 Grad Celsius und jetzt, wo die Regenzeit begonnen hat, brau-

chen die Menschen zusätzlich Schutz gegen den Regen. Das DRK verteilte 21.000 Wolldecken, 10.500 Plastikplanen, 4.500 Seifenpakete (mit je ca. 10 Stück) und 4.500 Küchensets an Flüchtlinge in Darfur.

Der Regen birgt viele Gefahren für die Flüchtlinge

Die Regenzeit erschwert die Verteilung der Hilfsgüter. Heftige Regengüsse haben die meisten Straßen völlig aufgeweicht, so dass sie nicht mehr befahren werden können. Viele Flüchtlinge sind so von der Außenwelt abgeschnitten und können nicht mit Hilfsgütern versorgt werden.

Aber auch in den noch leichter zugänglichen Flüchtlingslagern spitzt sich die Lage zu. „In dem feuchten Klima verbreiten sich krankheitserregende Bakterien und Malaria übertragende Mücken in rasender Geschwindigkeit. Außerdem häufen sich schwere Erkältungskrankungen bis hin zu Lungenentzündungen“, sagt DRK-Teamarzt Dr. Joachim Gardemann. Der Facharzt für Kinderheilkunde ist mit einem fünfköpfigen DRK-Team mit einer mobilen Gesundheitsstation in der westsudanesischen Stadt El Fasher. Täglich werden dort bis zu 500 Hilfesuchenden behandelt.

Häufigste Diagnose: Unterernährung

Dr. Gardemann schreibt in seinem Tagebuch: „Bereits am frühen Morgen drängen sich die Menschen – darunter hauptsächlich Frauen und Kinder – vor unserer Station. Manchmal entdecken wir unter einem bunten Tuch am Körper einer Mutter einen Säugling mit dem Gesicht eines alten Menschen und stumpfrötlichen Haaren. Das sind die klinischen Zeichen von bedrohlichem Nahrungsmangel.“ Unterernährung ist die häufigste Diagnose in der DRK-Gesundheitsstation. Gefährlich wird sie vor allem für Kinder. Ihr Immunsystem ist durch den Nahrungsmangel so geschwächt, dass Ihnen die Kraft fehlt, gegen Krankheiten wie Malaria oder Durchfall anzukämpfen. „Ich habe noch nie so kleine Kinder gesehen“, berichtet DRK-Pressereferent Fredrik Barkenhammar aus dem Flüchtlingslager Abushock, nahe der Stadt El Fasher. „Ein einjähri-

ges Kind wiegt hier ungefähr vier Kilo. Das ist weniger als die Hälfte des Normalgewichts in dem Alter“, schreibt er.

DRK-Hilfsflug mit 35 Tonnen Kindernahrung

Letzte Woche flog das DRK 35 Tonnen spezielle Kindernahrung in die westsudanesische Stadt El Fasher, die momentan im Flüchtlingslager Abushock verteilt wird. Die aus Milchpulver bestehenden



DRK-Teamarzt Dr. Gardemann untersucht ein Flüchtlingskind in der mobilen Gesundheitsstation in El Fasher.

und mit Proteinen, Mineralien und Vitaminen angereicherten Riegel sollen Kleinkindern kurzfristig genug Energie liefern, um wieder zu Kräften zu kommen.

Seit 25 Jahren ist das Deutsche Rote Kreuz im Sudan tätig und verfügt deshalb über eine enge Beziehung zum Sudanesischen Roten Halbmond. “Nur durch diesen langjährigen Aufbau von Vertrauen und das weltweite Netzwerk der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung ist eine effektive Hilfe für Zehntausende überhaupt möglich”, sagt Dr. Gardemann.

Amely Pabst

Johanniter-Unfall-Hilfe

Johanniter warnen vor Sanitätern ohne Ausbildung

Mitarbeiter der Johanniter-Unfall-Hilfe staunten nicht schlecht, als sie im Internet-Auktionshaus Ebay Rettungssanitäter-Ausbildungen angeboten sahen. Startpreis 250 Euro. Anbieter ist die Hamburger Rettungsfachschule Medicent. Der Meistbietende erhält Schulungsunterlagen und später eine Bescheinigung, die ihn als Rettungssanitäter ausweist – ohne schulische und praktische Ausbildung, ohne Krankenhauspraktikum und ohne jemals einen Krankenwagen von innen gesehen zu haben.

Voraussetzung ist ein Mindestalter von 17 Jahren und ein Erste-Hilfe-Lehrgang. Ein Test, den



Als unverzichtbar sieht die JUH den praktischen Teil der Ausbildung für Rettungssanitäter an. (Foto: JUH)

man der Firma zurückschicken muss, reicht aus, um in den Besitz des begehrten Dokuments zu gelangen. Medicent verspricht, dass das Dokument dazu berechtigt, in den meisten Bundesländern auf einem Kranken- oder Rettungswagen zu fahren.

Medicent Chef Michael Schönherr ist der Ansicht, wichtig sei nicht so sehr die Ausbildung. „Ein ‚guter‘ Rettungssanitäter ist nicht der, der eine Ausbildung mit einer Eins absolviert, sondern der, der verantwortungsvoll und zuverlässig ist.“ Er selbst würde zwar nie Menschen im Krankenwagen einsetzen, die über keine praktische Erfahrung verfügen. Der Markt dafür sei aber da. „Ich habe inzwischen mehr als genug Anfragen“ sagt Schönherr.

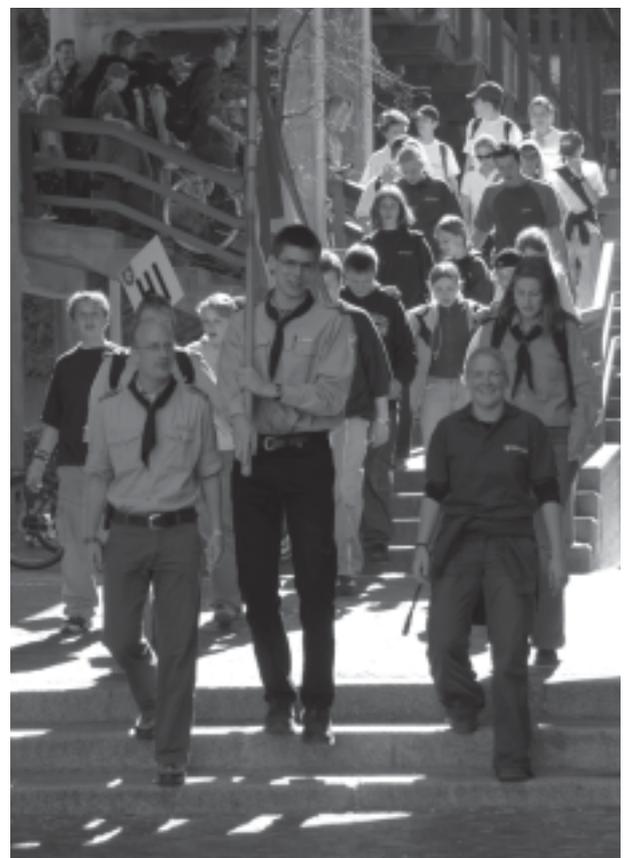
Leander Strate, JUH-Fachbereichsleiter Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, sieht das ganz anders. Er bezeichnet die Ausbildung per Post-Fragebogen als gefährlich. Gefährlich in der Hauptsache für die Menschen, die in einem Notfall auf schnelle und qualifizierte Hilfe angewiesen sind. „Zwar sollte man immer nach neuen, zukunftsweisenden und modernen Lernmethoden suchen“, so Strate, „aber gerade in diesem Fall ist eine Reduktion der Lehrinhalte auf eine ausschließlich theoretische Schulung schon fast als fahrlässig zu beurteilen. Bei der Ausbildung zum Rettungssanitäter ergänzen sich die theoretischen und praktischen Inhalte genau abgestimmt und befähigen den Absolventen, in einem Notfall qualifiziert helfen beziehungsweise assistieren zu können. Reduziert man die Ausbildung auf das Beantworten von standardisierten Fragen, so wird das zentrale und wesentliche Moment der Ausbildung außer Acht gelassen. Der Rettungssanitäter muss eine Situation genau beurteilen, seine Handlungsschritte exakt planen und vor allem auch den Umgang mit erkrankten oder verletzten Menschen gelernt haben. Dazu gehört ganz wesentlich die Praxis zum Beispiel von Blutdruckmessung, EKG-Ableitung oder das Schienen von Frakturen. Solche Inhalte können unmöglich nur durch ein Kreuz auf einem Blatt Papier vermittelt werden.“ Aus diesem Grunde rät Leander Strate allen Interessenten, eine solche Zertifizierung nicht zu erwerben und statt dessen die bisherige, 520 Stunden umfassende Ausbildung zu absolvieren. Bei den Johannitern hätten Bewerber ohne diese Ausbildung keine Chance.

fs/rv

Malteser Hilfsdienst

„Die Malteser sind unser großes Hobby!“

Wer 25 Jahre jung wird, der hat schon viel gesehen und ein großes Geburtstagsfest verdient. Um das Jubiläum ihrer Malteser Jugend gebührend zu feiern, waren am diesjährigen Pfingstwochenende mehr als 1.600 Jugendliche nach Freiburg gekommen, denn am 25. März 1979 war



Zum Auftakt des Jubiläumstreffens zog die Malteser Jugend im Festzug durch Freiburg. (Fotos: Malteser)

die Formierung der Jugendorganisation des MHD von einer Bundesdelegiertenversammlung nirgendwo anders als in Freiburg beschlossen worden.

Samstagvormittag. In einer guten halben Stunde muss das Essen fertig sein. Marcel Stern (14), sein jüngerer Bruder André (11) und Sebastian Schlund (13), sind seit Stunden im Einsatz. Sie säubern Gemüse, schwenken Nudeln, füllen Geschnetzeltes um und verpacken fertige Lebensmittelrationen in bereitstehende Transportfahrzeuge. Sechs Feldküchen stehen in der unscheinbaren Halle im Industriegebiet Süd. 65 Helfer verarbeiten an diesem Vormittag 200 Kilogramm Fleisch, 90 Kilogramm Paprika, 120 Kilogramm Spätzle und literweise Sahne, dazu kiloweise Salz und Gewürze, zu einem leckeren und gesunden Mittagessen. Sebastian staunt: „Das sind riesige Mengen, das konnte ich mir gar nicht vorstellen!“ Und die vielen Lunchpakete: „Das war vielleicht eine Hektik beim Verpacken!“ Durch sein freiwilliges Engagement bei der Malteser Jugend hat er bereits einen Schatz an Erfahrung gesammelt, der ihm später nützlich sein kann – beim Zivildienst oder im Katastrophenschutz. „So etwas wie hier – das ist wichtig fürs Leben“, bestätigt Marcel, „wenn es einen Verkehrsunfall oder eine richtig große Katastrophe gibt, weiß man gleich genau, was man machen muss.“

Wenig später fahren am Seiteneingang der Freiburger Stadthalle mehrere Transportfahrzeuge der Malteser vor – das Essen kommt. Zwanzig, dreißig Helfer bringen die großen Wärmebehälter in die Halle. Alles geschieht mit System, die Hygiene wird ebenso eingehalten wie die Disziplin. Darauf achtet Martin Roesen, der als niedergelassener Arzt in Freiburg arbeitet. Dass er heute hilft, ist für ihn Ehrensache, war er doch 1979 Gründungsmitglied.

In der Stadthalle ist André, der vor anderthalb Stunden noch Gemüse putzte, in vollem Einsatz. Seine Spezialität ist das Abspritzen und Einsortieren von Geschirr in der mobilen Küche. Er ist stolz: „Das ist schon das zweite Mal, dass ich dabei bin!“ Fürwahr – keine Selbstverständlichkeit für einen Elfjährigen, und Sebastian und Marcel sind natürlich auch mit von der Partie. Das Motto der drei Helfer formuliert dann Sebastian: „Die Malteser sind eben unser großes Hobby!“

Samstagabend, Zeit für die Disco. Zufrieden blickt sich Dörte Schrömges, die Bundesjugendreferentin, in der Halle um: „Das ist schon toll, dass so viele Jugendliche mitgekommen sind.“ In erster Linie sei dies das Verdienst der Gruppenleiter, die ihre Leute mobilisieren: „Gute Gruppen habe gute

Leiter.“ Drei Discjockeys aus einer Großdisco bei Rastatt stehen abwechselnd an den Reglern, ehrenamtlich natürlich, und heizen mit HipHop, House, Rock und Pop gut ein. Logisch: einer von ihnen ist Freiwilliger der Malteser Jugend. Begeistert sind aber alle drei: „Sowas an Begeisterung – und dann noch völlig ohne Alkohol! Das gibt es sonst nirgends!“ Aber es sind wirklich ganz normale Jugendliche, die „lediglich“ von ihren Gruppenleitern eine sinnvolle Freizeitgestaltung vorgelebt bekommen: „Zu den Maltesern kann jeder kommen, es gibt ganz bewusst keine hohen Hürden“, sagt Dörte Schrömges. Doch in der Praxis erweise sich, dass sehr viele Kinder und Jugendliche kämen, die eine ganze Menge zu geben hätten. Und wer zunächst mit Problemen gekom-



Kam nach Freiburg und suchte das Gespräch mit der Malteser Jugend: Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper.

men sei, der lerne dazu und gewinne neue Möglichkeiten.

Am Pfingstsonntagnachmittag dann der Gottesdienst. Das große Freiburger Münster ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Johannes Freiherr Heereman, der Geschäftsführende Präsident des Malteser Hilfsdienstes, lässt es sich nicht nehmen, in einem Grußwort den Jugendlichen und ihren Gruppenleitern für ihr ehrenamtliches Engagement zu danken. Die musikalische Gestaltung hat die Gruppe Basilea übernommen, die schon tags zuvor als eine von drei Bands auf dem Augustinermarkt im Herzen Frei-

burgs für den musikalischen Rahmen beim „Markt der Möglichkeiten“ sorgten. Bei diesem kunterbunten und kurzweiligen Auftakt zum Bundesjugentreffen sprachen auch der Präsident des Malteser Hilfsdienstes, Constantin von Brandenstein-Zeppelin, und Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Körper betonte bei dieser Gelegenheit die Wichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft und hob den Gemeinschaftssinn der Malteser Jugend und besonders die Tätigkeit der Gruppenleiter hervor.

Zu guter Letzt gab es noch einen zünftigen Abschlussabend, mit Auftritt eines echten Zaubers. Was war am Schönsten? Anna (11) aus Bockhorst: „Das mit dem Ball!“, doch Mathias (10) ist anderer Meinung: „Nein, die Ringe, die auseinander gingen und wieder zusammen!“ Doch Martina Wieber, Jugendreferentin der Erzdiözese Freiburg, lacht: „Nein, das schönste Zauberkunststück war, dass alle so fröhlich waren und die Helfer so toll mitgemacht haben!“

Sebastian Sigler

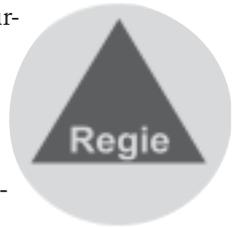
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Bericht über Sitzung des SKK

Anlässlich der 11. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (SKK) am 1. Juli 2004 stellte der Vizepräsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Rudolf L. Atzbach, die Struktur und die strategischen Zielsetzungen der neu geschaffenen Bundesoberbehörde vor. Seit dem 1. Mai 2004 im Amt, skizzierte Atzbach die neuen

Herausforderungen, die sich aus terroristischen Aktivitäten, extremen Wetterphänomenen, zeitweisem Ausfall von volkswirtschaftlich bedeutsamen und lebenswichtigen Infrastrukturen und der zunehmenden Gefahr von Anschlägen auf große Menschenansammlungen ergeben und hinsichtlich Koordination und Hilfeleistung eines vernetzten integrierten Managements bedürfen. Hinsichtlich der notwendigen disziplinübergreifenden Optimierung des Informations-, Kommunikations- und Ressourcenmanagements für den Bevölkerungsschutz will das Bundesamt mit seinen sieben Kompetenzzentren Orientierung geben, verbesserte Instrumente schaffen und den Transfer strategischen und operativen Wissens um den Bevölkerungsschutz intensivieren.

Die Mitglieder der SKK begrüßten die Aktivitäten auf Bundesebene. Insbesondere die Überlegungen für eine bessere Verzahnung von Bund, Ländern, Kommunen und Hilfeleistungsträgern entsprächen dem Grundverständnis der am 29. September 1997 in Köln gegründeten SKK, erklärte deren Vorsitzender Dr. Norbert Burger und sagte dem neuen Bundesamt die Unterstützung zu. Er bedauerte, dass bei dieser Sitzung die Ländervertreter fehlten. Ziel der SKK ist es, als integratives Forum die interdisziplinäre Zusammenarbeit aller am Bevölkerungsschutz Beteiligten zu fördern. Deshalb hatten bereits 1996 die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Verbände und Organisationen (Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den kommunalen Regieeinheiten des Katastrophenschutzes (ARKAT), Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland (ASB), Deutscher Feuerwehrverband (DFV), Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Malteser Hilfsdienst (MHD) und die Helfervereinigung des Technischen Hilfswerkes (THW-HV)) gemeinsam vereinbart, eine solche Konferenz ins Leben zu rufen und als „Denkfabrik“, losgelöst von Zuständigkeitsbarrieren, für alle interessierten Institutionen zur aktiven Mitwirkung zu öffnen. Neben den genannten Organisationen wirken heute der AK V der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren, die Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin, das Schutzforum, das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge, die Bundesanstalt THW, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe,



das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Verteidigung, das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, die kommunalen Spitzenverbände, die Bundesärztekammer, die Ständige Konferenz für den Rettungsdienst, Versicherungswirtschaft sowie Bürgerselbsthilfegruppen in der SKK mit.

Aus den bisherigen Projektgruppen (Integriertes Hilfeleistungssystem, Zivil-Militärische Zusammenarbeit, Ehrenamt und Katastrophenschutz, Harmonisierung von Ausbildung und Führung, Einheitlicher Sprachgebrauch, Risiko-/Gefahrenanalysen, Zeitgemäßer Selbstschutz, Chemisch-biologische Risiken und Gefahrenlagen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit) konnten inzwischen zahlreiche Empfehlungen für die Praxis des Katastrophenschutzes gegeben werden (z. B. Curriculum „Standardisierte ABC-Grundausbildung“, Wörterbuch des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie mehrere Ausbildungsprogramme und Organisationsrichtlinien, vgl. auch www.katastrophenvorsorge.de).

Die ARKAT betreut seit 1997 das Themenfeld „Integrierte Hilfeleistung“. In dieser Projektgruppe wirken mit: DRK, DFV, THW, JUH, LBK Mecklenburg-Vorpommern, AKNZ, Bundeswehr (FüSKB 15) und Polizei-Führungsakademie. Den Schwerpunkt der konzeptionellen Arbeit bildet die Entwicklung einer modularen Systematik für die Bereiche Führung, Kommunikation und Logistik. Die Vernetzung der unterschiedlichen Hilfeleistungspotenziale im Rahmen einer ganzheitlichen Sicherheitsvorsorge ist bisher organisatorisch, technisch, personell und logistisch konzeptionell nicht gelöst. Beispielsweise gehören elektronische Möglichkeiten der Informationsgewinnung und -verarbeitung, die Nutzung gemeinsamer Datenbanken oder internetgestützter multimedialer und mobiler Kommunikationstechniken heute noch nicht zum selbstverständlichen Instrumentarium des Katastrophenmanagements. Dringend zu empfehlen ist deshalb ein Austausch zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Praxis des Katastrophenmanagements über zeitgemäße Möglichkeiten der methodischen, technischen und logistischen Unterstützung und Vernetzung der Prozesse in Großschadensszenarien. Sicher ein Thema auch für eine der nächsten Plenarsitzungen der SKK.

Klaus-Dieter Kühn

Technisches Hilfswerk

Schnell-Einsatz-Einheit-Wasserversorgung-Ausland: Die Trinkwasserexperten des THW können weltweit eingesetzt werden.

Die Nachrichtenlage ist unklar: Sintflutartige Regenfälle haben zu massiven Überschwemmungen in weiten Teilen des Landes geführt, die Wasser- und Stromversorgung ist zusammengebrochen, unzählige Menschen sind betroffen. Nicht selten stehen Hilfsorganisationen Katastrophen gegenüber, deren Einschätzung aus der Ferne zumindest schwierig, manchmal überhaupt nicht möglich ist. Oft trifft Internationale Hilfe zwar umgehend ein, eine Entspannung der Lage oder erste Erfolge sind oft erst



Der Mangel an sauberem Trinkwasser ist gerade für die Kleinsten lebensbedrohend.

nach Tagen spürbar. Um auf Katastrophen, wie beispielsweise sintflutartige Regenfälle, Erdbeben oder lang anhaltende Dürreperioden, schnell reagieren und umgehend humanitäre Soforthilfe auf den Weg bringen zu können, hält die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) so genannte Schnelleinsatz-einheiten bereit. Ihre Aufgabe ist das rasche Umsetzen erster Hilfsmaßnahmen sowie die Erkundung weiterer Einsatzoptionen. Die Schnell-Einsatz-Einheit-Wasserversorgung-Ausland (SEEWA) ist eine davon.



Während ihres Einsatzes in Sri Lanka gaben die THW-Spezialisten 2,33 Millionen Liter sauberes Trinkwasser an die Bevölkerung ab. (Fotos: THW)

„Die Idee, eine Schnelleinsatz-einheit für den Bereich Wasseraufbereitung ins Leben zu rufen, entstand nach den zahlreichen Einsätzen, die unsere Trinkwasserspezialisten in jüngerer Zeit zu bewältigen hatten“, berichtet Friedrich Walz, der für die SEEWA verantwortliche THW-Geschäftsführer in Biberach. Nach zwei Jahren intensiver Planung war es schließlich im April dieses Jahres so weit: Ute Vogt, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, stellte das erste Modul der SEEWA in Dienst. Standort ist im baden-württembergischen Blaubeuren. „Dort ist die technische Ausrüstung stationiert“, erklärt er. Weitere Komponenten sind Logistik sowie das so genannte First-Aid-Consulting.

Neben der technischen Ausstattung ist das First-Aid-Consulting, die Beratung bezüglich weiterer Maßnahmen, der wichtigste Bereich im Aufgabenspektrum der Schnelleinsatz-einheit. „Hier wird das gesamte Fachwissen des THW im Bereich Wasser zusammengezogen, denn ohne Experten in diesem Bereich kann auch die am besten ausgerüstete Einheit keine nennenswerten Erfolge erzielen“, betont Walz. Auf rund 36 Fachleute aus den THW-Länderverbänden Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland kann das erste Modul der SEEWA derzeit zugreifen. Weitere drei Module an verschiedenen Standorten im Bundesgebiet sind in Planung.

Obwohl es die SEEWA erst seit wenigen Monaten gibt, so können ihre Mitglieder bereits Einsatzerfahrung vorweisen. Allein in den letzten Monaten vor der Indienststellung wurden die THW-Trinkwasserexperten auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes zu Einsätzen im Ausland entsandt. Sowohl nach dem schweren Erdbeben im Iran im Dezember 2003 als auch nach der Überschwemmungskatastrophe in Sri Lanka im Mai 2003 leisteten sie Hilfe. „Das waren genau die Situationen, bei denen die SEEWA künftig ausrücken wird“, blickt Walz auf das vergangene Jahr zurück. Die Lage sei beide Male unklar gewesen und die einzige verfügbare Information die, dass die Wasserversorgung zu großen Teilen zusammengebrochen sei.

In Sri Lanka hatten Monsunregenfälle zu den schwersten Überflutungen seit über 50 Jahren geführt und über 100.000 Brunnen verseucht. Die Wasserversorgung war ausgefallen. Während ihres Einsatzes gaben die THW-Spezialisten 2,33 Millionen Liter sauberes Trinkwasser an die Bevölkerung ab, mit mobilen Anlagen reinigten sie 202 Brunnen, stellten 62 Wassertanks mit insgesamt 100.000 Litern Fassungsvermögen auf und analysierten mehr als 250 Wasserproben. Die Wasserverteilung erfolgte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Um die Nachhaltigkeit der Hilfe zu gewährleisten, lernten die THW-Trinkwasserspezialisten örtliche Helfer im fachgerechten Reinigen von Brunnen, dem Durchführen von Labortätigkeiten und dem Betreiben von Trinkwasseraufbereitungsanlagen an.

Nach dem schweren Erdbeben, das am zweiten Weihnachtsfeiertag die südiranische Stadt Bam fast völlig zerstörte, stellte das THW unter anderem

auch die Trinkwasserversorgung des Imam Khomeini Krankenhauses sicher. Darüber hinaus übernehmen Trinkwasserspezialisten die Wasserversorgung einer italienischen Krankenstation außerhalb der Stadt und belieferten einige Ortschaften mit Trinkwasser. Eine der zwei Hauptwasserleitungen der Region war bei dem Erdbeben zerstört worden. Nachdem chemische Analysen des THW ergeben hatten, dass die Wasserqualität wieder in Ordnung war, übernahmen die örtlichen Behörden wieder die Trinkwasserversorgung.

„Die künftigen Einsätze der SEEWA werden sich jedoch in etlichen Punkten von den Trinkwassereinsätzen der Vergangenheit unterscheiden“, erläutert Walz. Während in Sri Lanka und im Iran vergleichsweise große Teams mit bis zu 20 Personen im Einsatz waren, setzt die SEEWA auf kleine operative Teams, die unmittelbar nach Eintreffen des Hilfesuchens in die Schadensregion entsandt werden können – „dadurch gewinnen wir wertvolle Zeit.“ Bislang wurden die Trinkwasserexperten des THW erst in einer späteren Phase in Bewegung gesetzt. Viele der ehrenamtlichen SEEWA-Helfer sind im Berufsleben als Führungskräfte bei Wasserwerken, -versorgungsunternehmen, Stadtwerken oder Ingenieurbüros angestellt. „Das ist einer der großen Vorteile einer ehrenamtlich getragenen Organisation wie dem THW. Das Fachwissen aus dem Beruf kann in unsere Tätigkeit als Zivil- und Katastrophenschützer einfließen“, erklärt Walz.

Zwölf Stunden nach Alarmierung steht das SEEWA-Team samt Ausrüstung abflugbereit am Flughafen. Die Ausrüstung kann sowohl mit Linien- als auch Transportmaschinen in das Einsatzgebiet gebracht werden. Die technische Ausrüstung der SEEWA besteht aus bis zu 20 Tonnen Ausstattung und Gerät.

Zur humanitären Soforthilfe stehen den THW-Trinkwasserspezialisten mit Eintreffen im Schadensgebiet eine Aufbereitungsanlage mit einer Leistung von sechs Kubikmetern in der Stunde sowie eine Umkehrosmoseanlage mit einer Leistung von 500 Litern in der Stunde zur Verfügung. Weitere Anlagen aus THW-Beständen können dem Bedarf entsprechend nachgeführt werden. Um die Qualität des Wassers überprüfen zu können, führt die SEEWA zudem ein mobiles Trinkwasserlabor mit. Darüber hinaus verfügt das Team über eine umfangreiche Vermessungs- und Lecksuchausstattung, um Schäden in der vorhandenen Infrastruktur zur anschließenden Behebung

lokalisieren zu können. Für das Beheben leichter Schäden steht eine mobile Werkstatt zur Verfügung. „Wir können Schweißarbeiten an Lecks direkt durchführen und kleinere Rohrbrüche sofort beheben“, erklärt Walz.

Bei größeren Schäden ist vor allem der Fachverstand der THW-Spezialisten gefragt – das so genannte First-Aid-Consulting. Die SEEWA-Ingenieure bewerten zunächst die Lage und leiten die entsprechenden Sofortmaßnahmen ein, die eine schnelle Verbesserung der Situation bewirken sollen. In einem zweiten Schritt beraten sie die örtlichen Behörden oder andere Hilfsorganisationen bei der Entscheidungsfindung bezüglich des weiteren Vorgehens.



In Krisengebieten mit zerstörter Infrastruktur, wie hier in Ruanda, ist die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser in der Regel das drängendste Problem.

„Manchmal ist das Bereitstellen von sechs Kubikmetern Wasser in der Stunde für den Moment durchaus ausreichend, da vielleicht die Trinkwasserbehälter Leck geschlagen sind und das Rohrleitungssystem – zum Beispiel nach einem Erdbeben – an einer oder mehreren Stellen unterbrochen ist“, beschreibt Walz ein mögliches Szenario. „Unsere Ingenieure empfehlen dann die nächsten Schritte und teilen mit, was noch gebraucht wird.“ Das notwendige Material könne dann vor Ort beschafft oder aus Deutschland nachgeführt werden. „Sinn und Zweck eines solchen Soforthilfeinsatzes ist neben der Umsetzung der Erstmaß-

nahmen, bereits von Anfang Grundlagen für die Implementierung nachhaltiger Hilfe zu schaffen.“

Ein SEEWA-Einsatz ist in der Regel nach wenigen Tagen zu Ende. „Das Team kann sich bis zu zehn Tagen autark versorgen“, erklärt Walz. Danach sind die Nachschubwege geregelt. „Wir führen ausreichend Nahrungsmittel mit, verfügen mit der Campausstattung über unsere eigenen Unterkünfte und Hygieneeinrichtungen und sogar den Strom produzieren wir selbst.“ Außerdem ist dies in etwa der Zeitraum, für den akute Soforthilfe bereitgestellt werden muss und das weitere Vorgehen in die Wege geleitet wird. In Absprache mit den örtlichen Behörden, den Regierungen und den Vereinten Nationen wird dann geklärt, ob ein Folgeeinsatz des THW notwendig ist. „Das THW kann beispielsweise weitere Trinkwasseraufbereitungsanlagen oder Einheiten zum Instandsetzen der Infrastruktur entsenden“, erläutert der Trinkwasserexperte.

Leserbriefe, Meinungen

Das Echo auf unsere Bitte, ihre Meinung zum Magazin und seinem neuen Erscheinungsbild zu äußern, war vielstimmig. Das neue Layout wurde wohl allgemein begrüßt, viele Leser aber haben auch Kritik und eigene Vorstellungen hinsichtlich des Inhaltes formuliert. Alle diese Anregungen wiederzugeben würde den Rahmen des Forums sprengen, unbeachtet werden sie aber nicht bleiben.

Stellvertretend für alle anderen sei hier das Schreiben unseres langjährigen Lesers Wolfgang J. Rotzsche aufgeführt:

Mit großem Interesse habe ich das neu gestaltete Magazin „Bevölkerungsschutz“ gelesen und darf Ihnen zum überarbeiteten Erscheinungsbild gratulieren. Auch wenn vermutlich die bisherige Farbgestaltung ihre Berechtigung hatte, finde ich, dass das Magazin eine massive Aufwertung erfahren hat. Das Weiß steht dem Magazin wesentlich besser, macht die Seiten freundlicher, lässt den Text besser ins Auge stehen. Ich sehe darin auch das bekannte Prinzip „weniger ist mehr“.

Übersichtlicher strukturiert und mit einer anderen Seitengestaltung wirkt „Bevölkerungsschutz“ weitaus positiver und eleganter, die Lesbarkeit hat nicht darunter gelitten.

Interessant und aufschlussreich fand ich die Neuerungen, die zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe geführt haben. Alte Hasen werden sich an die wechselvolle Geschichte erinnern.

An Informationen sparen Sie weiterhin nicht; über manche stolpere ich aber doch. Es erstaunt mich manchmal schon, für wie viele Projekte und Aktionen etwas unsinnige Bezeichnungen kreiert werden und dann auch noch mit Abkürzungen, die einem zwar nicht das Leben schwer machen, aber den Umgang mit der Sache schon. Noch dazu geht der Trend zu Anglizismen, was ich persönlich nicht befürworte. Als ob es im Deutschen nicht auch entsprechende Bezeichnungen gäbe!

Im Forum greifen Sie vermutlich auf die Presstellen und Mitarbeiter der verschiedenen Organisationen zurück. Da würde ich mir manchmal wünschen, dass man auf eine bessere Fotoqualität achtet und Themen aufgreift, die nicht anderweitig schon mehrmals verbraten wurden. Ich würde es vielmehr als Chance sehen, gerade in Ihrem Magazin Themen zu erörtern, die in anderen Zeitschriften so vielleicht nicht zum Tragen kommen. Da sollte sich die entsprechenden Organisationen mal auf die Hinterbeine stellen und ihren Beitrag dazu leisten.

Ich freue mich schon auf die kommenden Ausgaben und werde sie sicherlich mit gleichem Interesse lesen wie bisher. Lassen Sie nicht ab davon, auf die Bedeutung des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes hinzuweisen! Es ist ein wichtiger Auftrag, den Sie da erfüllen.

*Wolfgang J. Rotzsche M.A.,
Höhenkirchen-Siegertsbrunn*

Workshop des GMLZ

An der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) fand vom 15. bis 16.07.2004 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ein Workshop statt.



Teilnehmer des Workshops üben die Interpretation von Satellitenbildern.

Zielgruppe des Workshops waren die LeiterInnen der Lagezentren der Innenministerien der Länder, ReferatsleiterInnen der Innenministerien der Länder für den Bereich Zivil- und Katastrophenschutz, ausgewählte Vertreter von Bundesbehörden sowie Vertreter der Organisationen, die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirken.

Schwerpunkt war das Thema „Möglichkeiten und Grenzen der Satellitenfernerkundung im Rahmen der International Charter on Space and Major Disasters“.

Am ersten Workshoptag wurden den TeilnehmerInnen durch Vertreter des DLR die Grundlagen der Satellitenfernerkundung und der Anforderung von Satellitenbildern über das GMLZ erläutert.

Den Abschluss des ersten Tages bildeten praktische Übungen in Kleingruppen zur Interpretation

und zum Umgang mit Satellitenbildern an konkreten Beispielen.

Am zweiten Seminartag wurden spezielle Themen in Bezug auf das GMLZ erörtert. Hierzu gehörten vor allem Themen wie ein Sachstandsbericht GMLZ sowie die Erörterung der Fragen zu den Unterstützungsmöglichkeiten des GMLZ im Rahmen des AK V-Beschlusses zur länderübergreifenden Katastrophenhilfe.

Weitere Themen waren: Aufgaben des GMLZ im Rahmen des EU-Gemeinschaftsverfahrens zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastropheneinsätzen sowie ein aktueller Sachstandsbericht zum Ausbaustand des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems (deNIS) II.

Bei den nahezu aus allen genannten Bereichen anwesenden TeilnehmernInnen fand der Workshop großen Anklang, was sich in den durchweg positiven Rückmeldungen zur Veranstaltung niederschlug. Es ist geplant, jährlich

für die gleiche Zielgruppe einen Workshop des GMLZ durchzuführen.

Die Themenschwerpunkte für die vom 07. bis 08.07.2005 geplante Veranstaltung an der AKNZ wurden bereits einvernehmlich ermittelt.

Thomas Mitschke

Rettungshunde-WM in Wittstock

Die 1993 gegründete Internationale Rettungshunde-Organisation IRO fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der internationalen Rettungshunde-

organisationen in den Bereichen Ausbildung und Einsatz. Jährlich finden Weltmeisterschaften für Rettungshunde statt. Vom 29. Juni bis 04. Juli 2004 richtete der Bundesverband Rettungshunde e.V. die Wettkämpfe in der brandenburgischen Stadt Wittstock/Dosse aus. Hier erhielten Teams verschiedenster (Hilfs-)Organisationen die Möglichkeit, sich mit anderen zu messen. Daneben bot die Begegnung mit Kollegen aus aller Herren Länder Gelegenheit zum fachlichen Austausch.



Eingespieltes Team: Hundeführer und Hund.
(Foto: Stefan Wagner)

Die Wettkämpfe dienen zwar der Einschätzung des Leistungsvermögens, sind jedoch kein Nachweis der Einsatzfähigkeit der Rettungshunde. Im Vordergrund stehen die sportlichen Leistungen, der Vergleich. In diesem Sinne hatten sich insgesamt 102 Teilnehmer aus 15 Nationen für die Prüfungen in je drei Sparten angemeldet.

Die Internationale Prüfungsordnung für Rettungshunde ist das Regelwerk, nach dem die Teams die Übungen absolvieren müssen. Bei der Nasenarbeit können sich die Teilnehmer – je nach Ausbildung des Hundes – für Fährten-, Flächen- oder Trümmer-suche entscheiden. Ferner gehören die so genannten Gehorsamsübungen zum Programm. Bei Gewandtheit und Unterordnung hat der Hund die Kommandos seines Hundeführers jederzeit und sofort auszuführen. Erlaubt sind jeweils nur einmalige Hör- und/oder Sichtzeichen.

Irene Kölbl

Grenzüberschreitende Kooperation im Kulturgutschutz

Vom 14. - 16. Juli 2004 fand in Bad Neuenahr unter Leitung der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (HK) ein internationaler Workshop mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 5 europäischen Ländern statt. Vertreten waren Delegierte von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen aus Italien, Österreich, Rumänien, der Schweiz und Deutschland, die in ihren Ländern für den Kulturgutschutz zuständig sind.

Der Workshop wurde durch den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Rudolf L. Atzbach, mit der Begrüßung der Delegierten eröffnet.

Themenschwerpunkt war die Erarbeitung von Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Kooperation zum Schutz von Kulturgut in Katastrophenfällen. Trotz einer Vielzahl von bilateralen Katastrophenhilfeleistungs-Abkommen mit den Nachbarstaaten hat das verheerende Elbhochwasser des Jahres 2002 eklatante Schwachstellen bei der grenzüberschreitenden Koordinierung zur Rettung unwiederbringlicher Kulturgüter aufgezeigt.

Die Notwendigkeit zum Aufbau nationaler Expertenpools, die bei Bedarf auf der Grundlage der internationalen Abkommen auch grenzüberschreitend tätig werden können, und die schnelle Weitergabe von Informationen über moderne Kommunikationsmittel an betroffene Nachbarländer wurden als Schwerpunkte für die Bewältigung zukünftiger Katastrophenlagen bei der Erarbeitung in Arbeitsgruppen ausgemacht. Die Erfahrung aus früheren Ereignissen hat gezeigt, dass viele Rettungseinsätze im Kulturgutschutz nur durch die Initiative und den persönlichen Einsatz der engagierten Kulturgutschützer möglich war. Die staatliche Zusammenarbeit mit den Nachbarländern hat sich oft als zu schwerfällig und zeitraubend erwiesen.

Alle Delegierten vertraten die Ansicht, dass mindestens einmal jährlich ein solcher Workshop stattfinden sollte, damit die internationale Zusammenarbeit verbessert und intensiviert werden kann.

Roland Stachowiak

Atomterror: Schurken, Staaten, Terroristen – die neue nukleare Bedrohung

Von Martin Schwarz und Heinz Erdmann,
Knaur Taschenbuch Verlag, München, 2004
233 Seiten, € 12,90
ISBN 3-426-77753-3

Im Januar 2003 warnte der russische General Igor Valyukin anlässlich eines Empfangs für eine Delegation des amerikanischen Verteidigungsministeriums eher beiläufig davor, dass die tschetschenischen Ter-



roristen es immer noch nicht aufgegeben hätten, an das russische Nukleararsenal heranzukommen. Und dieses ist, nicht nur nach Einschätzung der Internationalen Atomenergiebehörde, höchst unzureichend geschützt. In diesen Tagen im Sommer 2004 kommt der Bericht der US-amerikanischen Untersuchungs-

kommission zu den Vorgängen des 11. September 2001 zu der Erkenntnis, dass auch Kernkraftwerke auf der ursprünglichen Zielliste der Al-Quaida gesteuerten Passagierflugzeuge gestanden hätten. Währenddessen sind in Oak Ridge, Tennessee, die Militärstrategen der USA dabei, mit vier Milliarden US-Dollar die Anlage für die Produktion der Mini-Nukes auszubauen. Hierbei handelt es sich um kleine Atomwaffen mit einer Sprengkraft unter fünf Kilotonnen. Sie sollen als Bunker brechende Waffe eingesetzt werden und möglichst Kollateralschäden vermeiden.

Schwarz arbeitet heute nach Tätigkeiten als Osteuropa- und Balkankorrespondent, Wirtschaftsjournalist und Chefredakteur des Österreichischen Industriemagazins als freier Journalist und Publizist. Ebenso Erdmann, der vorher u.a. für verschiedene deutsche und österreichische Zeitschriften als Politik- und Wirtschaftsjournalist tätig war. Sie haben sich bereits mit ihrem gemeinsamen Buch „Saddams blutiges Erbe“ kritisch mit dem Versuch auseinandergesetzt, mit Waffengewalt Frieden und Zufriedenheit zu bringen. In ihrem neuen Werk, das vom Verlag als Sachbuch des Monats beworben wird, beschreiben und analysieren Schwarz und Erdmann die weltweit zunehmende Gefahr einer nuklearen Katastrophe. Ihr Werk ist gespickt mit 249 Quellverweisen, quasi für jede Seite ein Beleg, für jede Behauptung ein Beweis. „Die Weiterverbreitung nuklearer Technologien ist zum weltpolitischen Sicherheitsproblem Nummer eins geworden.“ Mohammed el Baradai, der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde zog dieses Fazit. Schwarz und Erdmann bestätigen dies mit jeder Zeile. Sie verfolgen nicht nur die Spuren bekannter und vermuteter Kernwaffen besitzender Staaten, sie machen sich auch Gedanken zu möglichen terroristischen Überlegungen sowie den geradezu unglaublich leichten Zugängen zu den für derartige Aktionen benötigten Materialien.

Der Blick in die Zukunft, den die Autoren richten, sieht das frühere Gleichgewicht des Schreckens, das zwischen Ost und West für relative Sicherheit gesorgt hat, durch ein sehr labiles Mobile des Schreckens ersetzt, in dem gegebenenfalls schon das missgedeutete Stirnrunzeln eines Staatsoberhauptes ausreicht, seinen Nachbarn in angeblich selbstverteidigender Absicht auf den Knopf drücken zu lassen.

Dieter Franke

Termine 2004

20. bis

21. August 2004

6. Berliner Rettungsdienst-Symposium
Ort: Berlin
Info: www.berliner-feuerwehr.de
Rolf-Dieter.Erbe@Berliner-Feuerwehr.de
Tel.: 030 / 387 28 - 822

*

21. bis

22. August 2004:

Tag der offenen Tür der Bundesregierung
Ort: Berlin

*

18. September 2004:

Augsburger Wasserrettungssymposium 2004
Ort: Augsburg, Universität (Juristische Fakultät)
Info: www.wasserrettungssymposium.org oder info@wasserrettungssymposium.org

*

18. bis

19. September 2004:

RETTcon
1. Rettungsdienstkongress mit integriertem 9. Rettungsdienstsymposium und Fachmesse
Ort: Hamburg, Landesfeuerwehrschule
Info: 040/42851 4585 oder www.feuerwehrakademie.de

30. September bis

2. Oktober 2004:

Florian 2004
Ort: Halle

*

9. Oktober 2004:

Internationale Waldbrandkonferenz des CTIF
Ort: Wels (Österreich)
Info: www.ctif.org

*

13. bis

14. Oktober 2004:

Forum Katastrophenvorsorge und Gefahrentag
Ort: Mainz (ZDF)

*

13. bis

16. Oktober 2004:

13. Fachtagung Luftrettung
Ort: Garmisch-Partenkirchen
Info: www.adac.de/luftrettung

*

26. bis

27. November 2004:

Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung
Ort: Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge
Infos: www.brandschutzaufklaerung.de, www.dfv.org und Telefon (030) 20674804

*

Termine 2005

18. bis

20. Januar 2005:

acqua alta 2005
Internationale Fachmesse für Klimafolgen und Katastrophenschutz
Ort: Neue Messe München
Info: www.acqua-alta.de

*

21. bis

23. März 2005:

First International Symposium on Geo-information for Disaster Management
Ort: Delft, Niederlande

*

6. bis 11. Juni 2005:

Interschutz 2005
Internationale Messe für Rettung, Brand-/Katastrophenschutz und Sicherheit
Ort: Messe Hannover

*

6. bis 11. Juni 2005:

Interpolice
Internationale Fachausstellung für Polizei und Innere Sicherheit
Ort: Messe Hannover

*

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postf 200351, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag: BBK,
Internet: <http://www.zivilschutz-online.de>
E-Mail: redaktion.zfz@bbk.bund.de

Erscheint im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredaktion:
Alexander Krapf
Telefon 01888-550-354
Redaktion:
Nikolaus Stein
Tel.: 01888-550-362
Rainer Schramm
Tel.: 01888-550-365

Fax 01888-550-436

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Moeker Merkur Druck GmbH
Niehler Gürtel 102
50733 Köln
Postf. 600569, 50685 Köln
Tel.: 0221-74908-0
Fax: 0221-74908-18

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90
Abonnement jährlich € 7,50 zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Heute: Kloster Lorsch, Hessen



Die im Jahre 764, wahrscheinlich als Eigenkloster des fränkischen Gaugrafen Cancor gegründete Benediktiner-Abtei Lorsch gehört zu den bedeutendsten Klostergründungen der frühen Karolingerzeit. Bereits 772 wurde das Kloster reichsunmittelbar und stand in enger Beziehung zum Hof Karls des Großen.

Die ostfränkischen Nachfolger Karls bestimmten Lorsch zu ihrer Grablege; Ludwig der Deutsche und sein Sohn Ludwig der Jüngere wurden hier beigesetzt.

Zahlreiche Schenkungen führten in der Folge zu ausgedehnten Besitzungen, die von der Schweiz bis an die Nordseeküste reichten und den Äbten beträchtlichen politischen Einfluss sicherten.

Das änderte sich erst 1232, als Lorsch seine Eigenständigkeit verlor und zu Kurmainz gelangte. Zunächst wurden die Benediktiner durch Zisterzienser ersetzt, diese dann durch Prämonstratenser; im Zuge der Reformation wurde das Kloster 1556 aufgelöst und im 30-jährigen Krieg weitgehend zerstört, lediglich die so genannte „Königshalle“ und der Rest einer romanischen Kirche blieben erhalten.

Neben der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung ist die kulturelle nicht zu unterschätzen. Bis zur Auflösung des Klosters galt die Bibliothek als eine der bedeutendsten Europas, die sich besonders um die Überlieferung antiker Autoren (Vergil, Ovid, Cicero) verdient gemacht hatte. Die Bestände reichten von spätantiken Handschriften bis zu im eigenen Skriptorium geschaffenen oder kopierten Werken, wie dem „Lorscher Evangeliar“, einer um 810 entstandenen, prachtvoll ausgestatteten und in Goldtinte geschriebenen Evangelienhandschrift, oder dem „Lorscher Arzneibuch“, der ältesten erhaltenen medizinisch-pharmazeutische Handschrift deutscher Herkunft, die um 795 in Lorsch entstanden ist.

Angesichts der großen Bedeutung für die europäische Kultur- und Geistesgeschichte wurde Kloster Lorsch 1991 in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen.

nps



Kloster Lorsch um 1615, kolorierter Kupferstich von Matthäus Merian.



Die so genannte „Königshalle“ (dahinter der Kirchenrest) mit ihrem auffälligen Fassadenschmuck und Resten von karolingischer, romanischer und gotischer Malerei im Obergeschoss ist das einzige aus der Karolingerzeit erhaltene Gebäude. Eine genaue Datierung (vor 800, erste Hälfte 9. Jahrhundert, letztes Viertel 9. Jahrhundert) ist bisher noch nicht gelungen; ebenso unklar ist ihre ursprüngliche Funktion (Profanbau, Sakralraum).

(Fotos: Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen)



1954 wurde die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten begründet. Mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm wird die Bedeutung dieses Vertrages gewürdigt, u.a. mit der „Verschluckung“ am Zentralen Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland in Oberried (Titelfoto). Mehr über die Veranstaltungen und Aktionen zu diesem Jubiläum erfahren Sie im nächsten Heft.

Im Rahmen der Internationalen Luft- und Raumfahrt- ausstellung (s. S. 27)) nahmen erstmals Hubschrauberbesatzungen aus allen an der Luftrettung beteiligten Organisationen an einer gemeinsamen Veranstaltung teil. Im Namen von Bundesinnenminister Otto Schily sprach Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Kass (o.) den angetretenen Mannschaften, auch für die nicht anwesenden, Dank und Anerkennung aus. Zuvor hatte der Abteilungsleiter BGS im BMI das fortwährende Engagement des Bundes in der Luftrettung bekräftigt. (Titelfoto: BBK/Elbracht; Foto oben: BBK/Stein)